

Grundsätze und Programm der HandWerkerPartei

In einer Zeit rascher gesellschaftlicher Veränderungen, eines allgemeinen Wertewandels und des vielfachen Umbruchs schöpft die *HWP* ihre Orientierung aus einer ungebrochenen Tradition. Die *HWP* will die gesellschaftliche und politische Entwicklung gestalten. Dabei weiß sie, dass in einer differenzierten, von Wissenschaft und Technik bestimmten Welt mit komplizierten nationalen und internationalen Strukturen alle Probleme und Ziele auf vielfältige Weise miteinander verflochten sind. Deshalb kann es keine einfachen Lösungen geben. Vor jeder politischen Entscheidung müssen vielfältige und komplexe Zusammenhänge, Ursachen und Wirkungen bedacht werden.

1. Die HWP baut auf bewährte Grundsätze auf

Die politischen Leitideen von freiheitlichem Rechtsstaat und sozialer Marktwirtschaft haben sich als überlegen erwiesen. Subsidiarität und Föderalismus sind für die *HWP* die unverzichtbaren Pfeiler einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. In allen europäischen Ländern setzt sich die Erkenntnis durch, dass ein in Freiheit geeintes Europa nur auf der Grundlage dieser Bauelemente entstehen kann.

Mittelpunkt der Politik der *HWP* sind weiterhin der Mensch und seine Freiheit. Denn der Mensch ist zur Freiheit, zur Selbstverantwortung bestimmt. Er lebt in der Spannung zwischen Selbstbestimmung und Solidarität. Zur Verantwortung des Menschen gehört, dass er seine Freiheit nicht auf Kosten anderer auslebt, seine Interessen mit dem Gemeinwohl in Übereinstimmung bringt, sich seinen Mitmenschen verpflichtet weiß und solidarisch handelt. Der freie, in seinem Gewissen gebundene, selbst- und mitverantwortliche Bürger, nicht der Untertan und nicht der verantwortungslose Individualist, sind Maßstab unserer Politik. In dieser Wertgebundenheit will die *HWP* unsere freie und offene Gesellschaft gestalten.

Selbstverantwortung in Solidarität und Subsidiarität als die Markenzeichen der Politik sind als Grundlagen und Ordnungsprinzipien für Staat und Gesellschaft aktueller denn je.

2. Die HWP wird die neuen Herausforderungen in Deutschland meistern Frieden und Freiheit für die Welt

Alle politischen und sozialen Heilsideologien endeten im Totalitarismus. Das Scheitern des Sozialismus ist kein Betriebsunfall der Geschichte. Der Sozialismus leugnet die Schwächen und Fehler des Menschen und versucht, sie politisch durch Zwang und Diktatur auszugleichen.

Die Kräfte der Freiheit und Demokratie sind zu stärken und zu unterstützen.

Mit der Auflösung der bipolaren Welt muss ein neues Gleichgewicht für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Welt gefunden werden. Die UNO muss eine dauerhafte internationale Friedensordnung schaffen. Deutschland hat dazu einen angemessenen Beitrag zu leisten.

Die Nord-Süd-Problematik besteht mit ungeminderter Schärfe fort. Das krasse Wohlstandsgefälle zwischen Industriestaaten, Schwellen- und Entwicklungsländern entlädt sich in Verteilungskonflikten und Wanderungsbewegungen, auch nach Deutschland. Es kann zu regionalen Konflikten und zur Bildung neuer Terrorbewegungen führen. Sie gefährden die freiheitliche Demokratie. Der Abbau des Gefälles zwischen arm und reich ist deshalb eine Aufgabe von nationalem Interesse und eine Herausforderung für die internationale Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Europa als Partner

Mit der Geburt neuer Nationalstaaten in Europa wächst die Gefahr ethnischer Konflikte. Frieden, Freiheit und Menschenrechte sind untrennbar. Unser Einsatz für die Menschenrechte ist unteilbar. In diesem Sinne muss das Völkerrecht um das Recht der Volksgruppen auf Minderheitenschutz ergänzt werden.

Der Aufbau des gemeinsamen europäischen Marktes und die politische Union Europas sind eine große Zukunftschance, bedeuten aber auch neue Herausforderungen für die nationale Identität der Deutschen, für unsere föderative Ordnung und für traditionelle gesellschaftliche Strukturen.

Verantwortung für das Gemeinwohl

Die Wiedervereinigung Deutschlands war ein Sieg der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts. Gesellschaftlicher Wandel, Traditionsverlust und gestiegene Mobilität gefährden die Verwurzelung in der Heimat und die Identitätsfindung.

Die politischen, geistigen und sozialen Umbrüche spiegeln sich in einem Wertewandel und der schwindenden Bereitschaft, Institutionen und überlieferte Ordnungen wie Familie, Kirche und Staat anzuerkennen. Die fortschreitende Individualisierung lässt gemeinsame Grundüberzeugungen verblassen und erschwert die Konsensbildung in der Gesellschaft.

Politik und Parteien haben an Integrationsfähigkeit und Glaubwürdigkeit verloren. Demokratie braucht aber glaubwürdige Mittler zwischen Bürger und Staat. Nur die Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in Politik und Parteien sichert die Demokratie.

Die aufkommende Scheu, dauerhafte Bindungen einzugehen und ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen, die wachsende Neigung, eigenen Sonderwünschen Vorrang vor übergeordneten Notwendigkeiten zu geben, erschweren die staatliche Durchsetzung des Gemeinwohls. Egoismus, Besitzstandsdenken und Intoleranz sind große Hindernisse für die Gestaltung der Zukunft Deutschlands. Soziale Gerechtigkeit erfordert ein neues Gleichgewicht zwischen Individualität und Verantwortungsbereitschaft, zwischen Liberalität und Solidarität. Gestaltung des technischen und sozialen Wandels und Umweltfragen werden künftig stärker als bisher die nationale und internationale Politik beschäftigen. Nationale Lösungen allein reichen nicht aus, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Die soziale Marktwirtschaft muss verstärkt in den Dienst der Umwelt genommen werden. Dabei kommt der Entkoppelung von Wachstum und Umweltbelastung entscheidende Bedeutung zu.

Wissenschaft und Technik bestimmen zunehmend das Leben; das eröffnet viele Chancen, birgt aber auch Risiken in sich. Die Politik hat aus ethischer Verantwortung die Grenzen der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu ziehen, wo die Würde des Menschen beeinträchtigt wird. Die Politik muss aber Rahmenbedingungen schaffen, die es Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen, verantwortbare Zukunftstechniken zu entwickeln und zu nutzen.

Die anhaltende Überperfektionierung unseres Rechtsstaates droht gesellschaftliche Innovation und wirtschaftliche Dynamik zu ersticken. Dies erschwert zunehmend auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Die Absicherungsmentalität in der Gesellschaft, die zu immer neuen Reglementierungen führt, muss abgebaut werden. Nur soweit dies gelingt, können Staatsaufgaben abgebaut oder privatisiert werden.

Der anhaltende Geburtenrückgang in Deutschland droht in eine Überforderung kommender Generationen umzuschlagen. Die Staatsfinanzierung und die sozialen Sicherungssysteme müssen auf die absehbaren Lasten vorbereitet und umgestaltet werden. Nur Leistung und Verzicht heute schaffen Wohlstand und soziale Sicherheit morgen.

Ziele und Wege unserer Politik

1. Mann und Frau sind gleichberechtigt

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in unserer Verfassung als Rechtsgrundsatz und politischer Handlungsauftrag formuliert. Sie muss in allen Bereichen, in der Familie, in der schulischen und beruflichen Ausbildung, in der Arbeitswelt, in gesellschaftlichen so wie politischen Organisationen, verwirklicht werden.

Die Ehe ist die verlässliche Grundlage einer vertrauensvollen Lebensgemeinschaft für Mann und Frau. Ehe bezeugt die Bereitschaft gleichberechtigter Partner zu lebenslanger Verantwortung und Sorge füreinander. Die rechtliche Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften wird natürlich toleriert.

Partnerschaftliche Aufgabenteilung

Partnerschaft zwischen Frau und Mann. Partnerschaft verlangt gleiche Teilnahmerechte und eigenverantwortliche Verteilung von Verantwortung und Pflichten. Partnerschaftliche Aufgabenteilung zwischen Frau und Mann in Familie und Arbeitswelt wird nur dann gelingen, wenn Frauen auch gleichberechtigt an der gesellschaftlichen und politischen Gestaltung beteiligt sind und Männer Mitverantwortung für die Familienarbeit übernehmen. Die Leistungen, die Frauen für die Gemeinschaft erbringen, müssen sich auch in ihrem Einfluss in politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen widerspiegeln. Die *HWP* kommt dabei eine Vorbildfunktion zu, die sich auch in der Ämter- und Mandatsverteilung äußern muss.

Wir wollen echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer. Wahlfreiheit heißt ein klares Nein zu staatlich verordneten oder gesellschaftlich diktierten Rollenbildern jedweder ideologischen Ausrichtung. Wahlfreiheit bedeutet Entscheidungsfreiheit über die eigene Lebensgestaltung: Eine freie und offene Gesellschaft zeichnet sich durch größtmögliche Chancen für den einzelnen aus, sein Leben individuell zu gestalten, in verschiedenen Arbeitsfeldern tätig zu sein und am gesellschaftlichen und politischen Leben gleichberechtigt mitzuwirken.

Für Frauen ist die gleichberechtigte Teilhabe noch nicht erreicht. Deshalb kommt der Förderung von Frauen eine besondere Bedeutung zu. Die *HWP* setzt sich für alle Frauen ein: für Frauen, die sich für den Beruf der Mutter und Hausfrau entscheiden, für Frauen, die berufliches Fortkommen als Lebensziel verstehen wollen, für Frauen, die Familie und Erwerbstätigkeit verbinden möchten oder müssen, für allein erziehende Mütter und für allein lebende Frauen.

Frauenförderung

Das Gleichberechtigungsgebot verpflichtet nicht nur den Staat, sondern auch Gruppen und Verbände, im besonderen die Sozialpartner. Es verpflichtet zum Abbau immer noch bestehender Benachteiligungen von Frauen und insoweit zur gezielten Förderung von Frauen.

Notwendig sind

- wirksamere rechtliche Regelungen und eine grundlegende Bewusstseinsänderung bei allen Tarifpartnern und Entscheidungsträger in der Wirtschaft;
- die Überwindung des zum Teil noch geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes durch Erweiterung des Berufsspektrums für Frauen und auch durch finanzielle Aufwertung traditioneller Frauenberufe.

Praxisbezogene Konzepte umfassender Frauenförderung sollen in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen geregelt werden, um Frauen gleiche Aufstiegs- und Verdienstchancen zu sichern.

2. Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft

Ehe und Familie haben sich über Jahrhunderte des gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Wandels als Urzelle der Gesellschaft bewährt. In Familien suchen und erfahren Menschen Liebe, Geborgenheit, Lebenssinn, gegenseitige Hilfe und Unterstützung.

Ehe und Familie stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Sie sind natürliche Lebensformen und Grundpfeiler einer freien und solidarischen Gesellschaft. Deshalb fördert die *HWP* Ehe und Familie und hält an ihrem verfassungsrechtlichen Schutz fest. Kinder sind eine Bereicherung für Familie und Gesellschaft. *Kinder bedeuten Zukunft.*

Persönlichkeit und Lebenschancen

Die Familie ist die beste Grundlage für die Solidarität der Generationen. Kinder lernen und erfahren durch die Familie Regeln des Zusammenlebens, kulturelle Werte und solidarisches Verhalten. Die Familie fördert die Persönlichkeitsentwicklung und vermittelt Lebenschancen wie keine andere Erziehungs- und Bildungsgemeinschaft. Deshalb muss die Erziehungskraft der Familie gestärkt werden. Die Familie ist für eine humane Gesellschaft von unschätzbarem Wert. Sie ist durch staatliche Hilfen umfassend zu unterstützen, aber nicht zu ersetzen.

Die Familie ist die beste Grundlage für wechselseitige Hilfe der Generationen. Partnerschaftliches Verhalten und Verantwortungsgefühl beider Geschlechter wollen gelernt sein. Die *HWP* will diesem besonders in der schulischen Erziehung und Erwachsenenbildung Rechnung tragen. Veränderte Lebensperspektiven und Lebensformen haben zu neuen, vielschichtigen Familienproblemen geführt. Viele Partnerschaften und Familien scheitern. Die Zahl der Alleinerziehenden, der Wiederverheirateten, der Familien mit Kindern aus verschiedenen Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften nimmt zu. Die *HWP* berücksichtigt in ihrer Familienpolitik diese Lebensformen.

Familienfreundliche Arbeitswelt

Veränderte Arbeitsbedingungen, bessere Berufschancen der Mädchen und gewandelte gesellschaftliche Strukturen eröffnen Frauen und Männern individuelle Lebensgestaltungen. Immer mehr Partner wollen oder müssen gemeinsam Familie und Erwerbstätigkeit verbinden.

Die *HWP* setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der Frauen und Männer frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Arbeit in der Familie oder der außer häuslichen Berufsarbeit widmen oder ob sie Familien- und Erwerbstätigkeit miteinander verbinden möchten. Eine durchlässigere Arbeitsgesellschaft ist die entscheidende Voraussetzung für die Einlösbarkeit des Prinzips Wahlfreiheit für Frau und Mann.

Die *HWP* erwartet von den Sozialpartnern eine familienfreundliche Regelung der Arbeitswelt. Dazu gehören eine flexible Gestaltung der Arbeitszeiten, qualifizierte sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze sowie Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die zur Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen zeitweise auf Erwerbstätigkeit verzichten. Dabei kommt dem öffentlichen Dienst eine Vorbildfunktion zu. Sonntagsarbeit muss auch der Familie wegen auf begründete Ausnahmen beschränkt bleiben.

Familienarbeit

Mütter und Väter, die ausschließlich Familienarbeit, Erziehungsarbeit an der jungen Generation sowie Pflegearbeit für kranke, behinderte und ältere Mitbürger leisten, übernehmen Aufgaben von unersetzbarem Wert für die ganze Gemeinschaft. Ihre Arbeit verdient gesellschaftliche Anerkennung.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit, sie ist sinn- und zweckgerichtetes Tun, Ausdruck der personalen Würde. Sie dient der Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung jedes einzelnen. Der Wert einer Arbeit für die Gemeinschaft hängt nicht nur vom Ort der Tätigkeit und der

Höhe der finanziellen Entlohnung ab. Der soziale Wert einer Arbeit lässt sich nicht allein durch ihren Markt- oder Verkaufswert bestimmen. Deshalb ist die Arbeit in der Familie und für die

Familie oder im freiwilligen sozialen Engagement ebenso wertvoll für den einzelnen und für die Gemeinschaft wie die Leistungen in der Arbeitswelt. Sie geben dem einzelnen gleichermaßen Lebenssinn und Zufriedenheit, wie sie unser Land sozial und kulturell mit Leben erfüllen. Die *HWP* tritt mit Nachdruck für einen umfassenden Arbeitsbegriff und damit für eine Aufwertung von Familienarbeit und Erziehungsarbeit sowie ehrenamtlicher Tätigkeit ein.

Die Einführung von Erziehungsgeld und Erziehungszeiten im Rentenrecht ein sichtbares Zeichen für die Wertschätzung der Familienarbeit gesetzt. Künftig muss im System der sozialen Sicherheit die Erziehungsleistung verstärkt und die Pflegeleistung zusätzlich berücksichtigt werden, damit der Generationenvertrag familiengerecht gesichert bleibt.

Chancengerechtigkeit für Kinder

Familien haben Anspruch auf umfassende staatliche und gesellschaftliche Hilfen. Daher wird die *HWP* Familieneinkommen bis zur Höhe des Existenzminimums von der Besteuerung ausnehmen. Wesentliches Kriterium des Familienleistungsausgleiches ist die Fürsorge für Kinder. Familien, die über das Steuerrecht keinen angemessenen Ausgleich erhalten können, müssen durch staatliche Transferleistungen unterstützt werden. Der gesamte Familienleistungsausgleich ist der Einkommensentwicklung regelmäßig anzupassen. Familienförderung ist mehr als Steuergerechtigkeit. Familien brauchen ein bedarfsgerechtes, vielfältiges Angebot außerhäuslicher Betreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten.

Politik für die Familie betrifft alle politischen Bereiche im Bund, in den Ländern und vor allem in den Gemeinden. Die *HWP* setzt sich für ausreichende Beratungsstellen, familienunterstützende Einrichtungen und Familienfreizeitstätten ein. Hierzu gehört auch eine familienbezogene Wohnungspolitik.

Generationenübergreifende Familienhilfe erfordert ein breites Netz von Nachbarschafts- und Selbsthilfegruppen. Diese aktiven sozialen Selbsthilfen und die Angebote der Wohlfahrtsverbände müssen durch die kommunale Familienpolitik unterstützt und ausgebaut werden.

3. Lebensschutz hat höchsten Rang

Unser Menschenbild und unsere Verfassung verpflichten den Staat, menschliches Leben zu schützen und zu fördern. Die Menschenwürde und das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit stehen allen zu, dem geborenen Menschen ebenso wie dem ungeborenen Kind.

Lebensschutz ist die Aufgabe des Rechtsstaates. Das Recht auf Leben hat als Grundrecht auch grundsätzlich Vorrang vor anderen Rechten.

das ungeborene Kind

Das ungeborene Kind ist Mensch von Anfang an und hat ein Recht auf Leben. Ungeborene Kinder wollen leben und angenommen sein. Geborene und ungeborene Kinder müssen daher willkommen sein, nicht nur den Eltern, sondern auch den Nachbarn, Vermietern und Arbeitgebern. Die *HWP* kämpft für eine kinderfreundliche Gesellschaft. Kinder sind Glück und Zukunft für uns alle. Deshalb hat die *HWP* mit ihrer Familienpolitik ein Netz sozialer Hilfen für Kinder und Familien geknüpft. Dabei steht im Mittelpunkt, Schwangere durch weitere Hilfen zu ermutigen, ein Kind anzunehmen.

Zum Schutze des Grundrechts auf Leben darf der Gesetzgeber auf das Strafrecht nicht verzichten. *Das Strafrecht scheidet Recht von Unrecht.*

Vater und Mutter

Vater und Mutter tragen die gleiche moralische und rechtliche Verantwortung für das Leben und den Schutz des ungeborenen Kindes. In schwierigen Lebenssituationen oder Konfliktlagen darf

die schwangere Frau weder in ihrer Verantwortung alleingelassen noch zu einer unverantwortlichen Entscheidung gegen das Lebensrecht des Kindes gedrängt werden. Wer das Recht ungeborener Kinder bedenkenlos zur Disposition stellt, leistet der möglichen Diskriminierung und Ächtung Behinderter und schwer Pflegebedürftiger in der Gesellschaft Vorschub. Wo der Schutz menschlichen Lebens gesellschaftlichen oder persönlichen Nützlichkeitsabwägungen untergeordnet wird, verliert auch der kranke und alte Mensch sein Recht auf Leben und Sterben in Würde. Auch aus unheilvoller geschichtlicher Erfahrung gilt deshalb für die *HWP* die Mahnung: Wehret den Anfängen! Das Recht auf Leben ist unteilbar. Staat und Gesellschaft haben die Pflicht, das Leben der Behinderten zu achten und zu schützen. *HWP*-Politik steht in der Verantwortung gegenüber der ganzen Schöpfung.

4. Jugend

Die Jugend in Deutschland und im zusammenwachsenden Europa findet eine Ausgangslage vor, die ihr hervorragende Chancen für eine eigenverantwortliche und weitgehend unabhängige Lebensgestaltung bietet. Die *HWP* bekennt sich zum Recht der Jugend, ihre Zukunft nach eigenen Wünschen, Vorstellungen und Fähigkeiten zu gestalten.

Jugend ist der prägende Lebensabschnitt im Spannungsfeld zwischen eigenen Vorstellungen, Erwartungen und überlieferten Werten sowie sich rasch verändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Die *HWP* respektiert die eigenen Lebensstile der Jugend und sichert ihr einen angemessenen Freiheitsraum zu. Junge Menschen müssen jedoch bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit und auf ihrem Lebensweg Hilfe und Unterstützung finden.

Dabei steht im Vordergrund, die Jugend zu mit menschlichem, verantwortungsbewusstem sowie tolerantem und solidarischem Handeln zu ermutigen. Wichtige Grundlagen hierzu werden in der Familie und in der Schule gelegt. Dazu gehören auch Kenntnis und Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist eigenverantwortliches Handeln und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für andere und die Gemeinschaft unerlässlich. Der Wille der Jugend, aktiv im Leben der Gemeinschaft mitzuwirken, ist immer wieder von neuem zu wecken. Er schafft erst die Voraussetzung zu einer positiven Einstellung zu unserem freiheitlichen Staat. Dabei müssen den Jugendlichen klare und überzeugende Perspektiven aufgezeigt werden. Nur eine glaubwürdige Politik schafft oder erneuert Vertrauen in und Verständnis für unsere freiheitliche Demokratie.

Die *HWP* unterstützt die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung durch junge Menschen und ermutigt die Jugend, ihre Kreativität und ihren Idealismus für die Entwicklung neuer Wege einzusetzen. Die *HWP* will der Jugend Lebensziele vermitteln, die über Erfolg um jeden Preis und die Erfüllung materieller Wünsche hinausgehen. Sie setzt sich für eine intensive Beteiligung der jungen Generation an den politischen Entscheidungsprozessen ein.

Eine stärkere Einbindung in die Politik setzt dabei voraus, dass die Kritik junger Menschen ernst genommen und ihre Anregungen aufgegriffen werden. Eine Vielfalt von Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitbestimmung bietet gerade die kommunale Ebene. Sie ermöglicht eine frühzeitige aktive Teilnahme am politischen Leben. Darüber hinaus unterstützt die *HWP* die verstärkte Vertretung junger Menschen in den Parlamenten sowie in den Entscheidungsgremien von Parteien und Verbänden.

Die *HWP* tritt für freie Initiativen in der Jugendarbeit und daher für eine Jugendarbeit in freier Trägerschaft im Sinne der Subsidiarität ein. Dazu ist der Dialog mit den Jugendverbänden zu verstärken.

Sie setzt sich für eine unbürokratische öffentliche Förderung und Unterstützung vor allem der Arbeit von Jugendverbänden, aber auch der freien Jugendarbeit ein. Ehrenamtliche Jugendarbeit hat für die *HWP* dabei den Vorrang und muss in der Gesellschaft wieder eine höhere Anerkennung finden. Verbände, Vereine, Jugendzentren und offene Jugendarbeit bieten jungen Menschen die benötigten Freiräume, um ohne Bevormundung eigene Wege suchen zu können, Gemeinsinn zu lernen und Gemeinschaft zu erleben. Dazu gehört auch, das Leben anderer Völker zu erfahren und so fremde Kulturen zu verstehen. Die *HWP* tritt der Gefährdung junger Menschen durch verrohende und entwürdigende Darstellungen in Wort und Bild entgegen, auch weil sie die Gewaltbereitschaft junger Menschen fördern.

Gegen die Verführung junger Menschen durch Ideologien und radikale politische Forderungen wird sich die *HWP* ebenso mit aller Härte zur Wehr setzen wie gegen die Gefährdung der Jugend durch Drogen und ausbeuterische Sekten. Der Staat muss zum Schutz der Jugend diese skrupellose Geschäftemacherei auf allen politischen Ebenen bekämpfen.

5. Lebenserfahrung

Aus der Partnerschaft zwischen den Generationen schöpft unser Volk die Kraft, die es für die Bewältigung der großen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben braucht. Die Innovationskraft der Jugend und Erfahrung des Alters müssen miteinander verbunden bleiben. Für soziale Politik ist es deshalb selbstverständlich, dass ältere Mitbürger nach einem arbeitsreichen und verantwortungsvollen Leben ihren festen und sicheren Platz in Staat und Gesellschaft haben. Die *HWP* will eine Gesellschaft, in der die alten Menschen in Würde ihr Leben gestalten können. Der mit der Einführung der dynamischen Rente geschaffene Generationenvertrag ist dafür die Grundlage. Dies kam vor allem der Generation, die Krieg und Vertreibung überwunden und den Wiederaufbau gemeistert hat, zugute. Für eine echte Partnerschaft der Generationen wollen wir die aktive Rolle älterer Mitbürger, vor allem die Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei allen sie berührenden Fragen, stärken. Ihr Reichtum an Lebenserfahrung und Wissen ist zu kostbar, als dass er mit Erreichen eines bestimmten Lebensalters ungenützt bleiben darf. Das gilt gerade vor dem Hintergrund einer ständig steigenden Lebenserwartung. Gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand müssen dafür verstärkt genutzt werden. Die *HWP* will nicht nur eine Politik für, sondern eine Politik mit den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gestalten. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für eine eigenständige Lebensführung im Alter gesichert werden.

Die Sicherheit der Renten sowie die den Lebensstandard sichernde Dynamik der Rentenstandards und stehen für die *HWP* nicht zur Disposition. Rente ist Lohn für die Lebensarbeitsleistung, kein Almosen. Deshalb lehnen wir auch eine von der eigenen Beitragsleistung losgelöste Grundrente ab.

Pflegebedürftigkeit

Pflegebedürftigkeit ist ein allgemeines Lebensrisiko, im besonderen ein Altersrisiko, das wie Krankheit, Arbeitsunfall, Arbeitslosigkeit und Alter sozial versichert werden muss, weil es die Leistungskraft eigener Vorsorge in der Regel übersteigt. Pflegebedürftigkeit darf nicht zwangsläufig zur Sozialhilfebedürftigkeit führen, den Ertrag einer ganzen Lebensarbeitsleistung aufzehren. Nur mit einer gesetzlichen Pflegeversicherung wird es auch gelingen, das notwendige Pflegeangebot bereitzuhalten und die soziale Sicherung der pflegenden Personen in

Familie und Nachbarschaft zu gewährleisten. Das schließt eine eigene Vorsorge nicht aus und wird als empfehlenswert betrachtet.

Das persönlich vertraute Umfeld ist gerade für ältere Menschen ein wesentlicher Teil der Lebensqualität. Deshalb haben ambulante Dienste Vorrang vor stationärer Versorgung. Die

HWP wird darüber hinaus auch für ein bedarfsgerechtes Angebot altersgerechter Wohnungen und Pflegeplätze sorgen.

Die *HWP* will eine Gesellschaft, in der die alten Menschen in Würde und Wertschätzung ihr Leben gestalten können. Wir brauchen die Erfahrungen der älteren Generation zur Ausgestaltung einer menschlichen Gesellschaft ebenso wie ihre Mitwirkung am politischen Leben.

6. Menschenwürdig leben

Ein menschenwürdiges Leben ist nach sozialen Maßstäben in einer arbeitsteiligen, leistungsorientierten Industriegesellschaft ohne ein ausreichendes soziales Sicherungssystem nicht denkbar. Soziale Sicherheit ist das Fundament für Menschlichkeit und ein hohes Maß an Freiheit und Stabilität in der Gesellschaft. Sozialpolitik muss den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel nach den Prinzipien der Gerechtigkeit und Humanität gestalten. Die sozialen Verhältnisse in einem Staat sind Spiegelbild und Gradmesser für die Mitmenschlichkeit einer Gesellschaft. Deutschland hat eines der leistungsfähigsten Sozialsysteme der Welt. Die Einführung der dynamischen Rente, Einbeziehung der Familie mit Kindererziehungszeiten, Erziehungsgeld und -urlaub als weitere Säule unseres Sozialsystems sind Meilensteine der Sozialpolitik. Mit der solidarischen Pflegeversicherung will die *HWP* die letzte große Lücke im sozialen Netz schließen und die Partnerschaft zwischen jung und alt stärken. Die soziale Sicherung erreicht damit ein Niveau, das den Bürger ohne Ansehen seiner sozialen Stellung in hohem Maße gegen die Wechselfälle des Lebens sichert. Die Wiedervereinigung Deutschlands fordert eine vorausschauende Weiterentwicklung unserer gesellschafts- und sozialpolitischen Ordnung.

Sozialpolitik gibt Sicherheit

Fundament unserer fortschrittlichen sozialen Ordnung ist die soziale Marktwirtschaft. Sie verknüpft wirtschaftliche Stabilität mit sozialer Sicherheit. Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Grundlage aller Sozialleistungen; aber nur eine gute Sozialpolitik kann sozialen Frieden schaffen, der das Fundament wirtschaftlicher Stabilität ist. Beides muss auch für den künftigen Wirtschafts- und Sozialraum Europa gelten.

Die Grundprinzipien unserer Gesellschafts- und Sozialpolitik - Personalität, Solidarität und Subsidiarität haben sich bewährt. Sie waren Leitlinien für den Weg von der Armutsgesellschaft des letzten Jahrhunderts zum modernen Sozialstaat. Deshalb sind sie für die *HWP* auch Grundlage der sozialen Ordnung im vereinten Deutschland. Die *HWP* will diesen freiheitlichen Sozialstaat in ganz Deutschland verwirklichen.

Die *HWP* weiß sich den Schwachen, Behinderten, Pflegebedürftigen, Kranken, sozial Benachteiligten sowie Kriegsoffern besonders verpflichtet. Unsere Sozialpolitik orientiert sich am selbstverantwortlichen Bürger. Im Mittelpunkt steht der Mensch mit Rechten und Pflichten. Freiheit fordert immer auch Verantwortung. Nur eine Gesellschaft selbstverantwortlicher Bürger verhindert, dass der Staat durch umfassende Versorgung und Betreuung Menschen abhängig, passiv und egoistisch werden lässt. Die *HWP* will den Sozialstaat nicht als Vormund, sondern als Diener des Menschen. Sie fördert deshalb in der Sozialpolitik Selbstverantwortung und Eigeninitiative. Wo der Bürger Wechselfälle des Lebens aus eigener Kraft meistern kann, muss er dieser Verantwortung auch gerecht werden.

Soweit der einzelne überfordert ist, muss die Gemeinschaft im notwendigen Umfang mit solidarischer Hilfe eintreten. Sozialhilfe ist deshalb im Sozialstaat ein Gebot der Humanität. Damit soziale Hilfen wirkungsvoll bleiben, wird die *HWP* den Missbrauch konsequent verhindern. Nur größtmögliche Eigenverantwortung ermöglicht wirksame Solidarität. Der Vorrang der Eigenverantwortung vor solidarischer Mitverantwortung ist ein Kernelement sozialer Gerechtigkeit. Die

Einforderung von Solidarität ohne Eigenverantwortung führt zu Missbrauch, zur Ausbeutung der Bescheidenen durch die Anspruchsvollen, der Schwachen durch die Bequemen und Rücksichtslosen.

Soziale Sicherheit

Arbeit ist die wirtschaftliche Quelle unseres Sozialstaates. Nur was erarbeitet und erwirtschaftet wird, kann verteilt werden. Das System der sozialen Sicherung kann nicht beliebig ausgeweitet werden. Zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und Höhe der Sozialleistungen besteht ein Zusammenhang.

Bei allen grundlegenden sozialpolitischen Maßnahmen ist zudem die langfristig ungünstige Altersstruktur unserer Gesellschaft zu berücksichtigen. Es wird erhebliche Verschiebung im Altersaufbau unserer Bevölkerung mit einer rapiden Verschlechterung des Verhältnisses von Arbeitnehmern und Rentnern, Beitragszahlern und Leistungsempfängern geben. Wir müssen Vorsorge treffen gegen einseitige enorme Beitragssteigerungen oder gravierende Leistungseinschränkungen in unserem Sozialsystem.

Sozialer Fortschritt kann nicht als reine Expansion verstanden werden, sonst würde das Gesamtsystem bewegungsunfähig und in seiner Stabilität gefährdet werden. Neue Gestaltungsspielräume gewinnt der Sozialstaat auf seinem heute hohen Leistungsniveau in erster Linie durch den Umbau des Sozialsystems.

Für die Sozialpolitik der *HWP* ist deshalb nicht der Ausbau, sondern der Umbau die sozialpolitische Gestaltungsmaxime der Zukunft. Das erfordert klare Prioritäten und die Konzentration auf das Notwendige vor dem Wünschenswerten. Was früher zur Behebung von Armut und Not erforderlich war, muss in einer Zeit des allgemeinen Wohlstands nicht notwendig sinnvoll bleiben. Das Spannungsverhältnis zwischen Eigenverantwortung und Solidarität muss immer wieder zeitgerecht in eine sinnvolle Balance gebracht werden. Wo dies unterbleibt, degeneriert eine ausgleichende Sozialpolitik zur Umverteilung.

Die *HWP* wird deshalb die einzelnen Zweige der sozialen Sicherung von sachfremden Aufgaben freihalten und Missbrauch zu Lasten der Gemeinschaft verhindern. Allgemeine soziale Ausgaben müssen aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Die *HWP* tritt für mehr Solidarität und Wettbewerb durch eine föderale Organisation der Sozialversicherung ein.

Die Gesellschaft muss sich selber helfen

Familien-, Nachbarschaftshilfen und Selbsthilfeinitiativen gehören zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht. Sie üben Nächstenliebe und Solidarität, ohne die auch der Sozialstaat mit dem höchsten Sozialbudget nicht auskommt. Familienpolitische Maßnahmen haben deshalb für die *HWP* oberste Priorität, weil sie die sozialen Strukturen in der Gesellschaft am wirkungsvollsten sichern und die sozialen Bedürfnisse der Menschen in humanster Form erfüllen.

Wir werden auch in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, Behinderte in die Gesellschaft voll einzugliedern. Behinderte dürfen nicht diskriminiert oder vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Wer behindert ist oder wem eine Behinderung droht, muss unabhängig von der Ursache der Behinderung notwendige Leistungen zur medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation erhalten. Ebenso wichtig ist der Abbau von Vorurteilen gegenüber Behinderten.

Wer nur auf den Staat setzt, zerstört persönliche und gesellschaftliche soziale Hilfen. Für die Sozialpolitik der *HWP* gilt nachdrücklich und verstärkt der Grundsatz der Subsidiarität: Was in der Familie, in der Nachbarschaft, in Selbsthilfe in kleinen Kreisen geleistet werden kann, soll und darf weder die größere Einheit noch der Staat an sich ziehen. Die *HWP* wird ein Netz sozialen ehrenamtlichen Engagements ermöglichen und fördern, weil nur dann viele Menschen die nötige Zuwendung und Geborgenheit erhalten. Menschlichkeit in der Gesellschaft erfordert

ein hohes Maß an sozialer Arbeit. Kennzeichen unserer Sozialpolitik waren und bleiben nicht staatliche Gängelung und Bevormundung, sondern Erhaltung des Freiraums, Stärkung der Selbsterhaltungskräfte und Unterstützung von Selbsthilfegruppen.

Hierzu sind die ehrenamtlich Engagierten neben den hauptberuflich Beschäftigten unverzichtbar. Ehrenamtliche Sozialarbeit wird vor dem Hintergrund veränderter Bevölkerungs- und Sozialstrukturen noch notwendiger. *Deshalb wird die HWP ehrenamtliche Sozialarbeit aufwerten.*

Die traditionsreiche und am Gedanken der Hilfe zur Selbsthilfe orientierte freie Wohlfahrtspflege bildet eine der tragenden Säulen unserer Sozialordnung. Die HWP will die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen und dauerhaft sichern, damit sich die freie Wohlfahrtspflege wirkungsvoll entfalten kann; sie darf nicht zum Erfüllungsgehilfen staatlicher Behörden degradiert werden. Neue Selbsthilfegruppen sind kein Gegensatz zur Freien Wohlfahrtspflege, sondern sollen sie mit vielfältigen Hilfsangeboten in der Sozialarbeit ergänzen. Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege haben im sozialen Dienstleistungsbereich für die HWP bei gleichen Leistungen grundsätzlich Vorrang vor gewerblichen Anbietern.

Persönliche Hilfsbereitschaft

Not beruht heute oft nicht auf einem Mangel an Geld. Seelische Armut und Einsamkeit brauchen Menschen, sie lassen sich nicht mit Geld beseitigen. Ehrenamtliches Engagement, höchstpersönliche Hilfsbereitschaft und menschliche Zuwendung werden von allen erwartet. Unsere Gesellschaft braucht deshalb mehr Menschen, die sich diesen Nöten stellen. Wachsende Produktivität und Arbeitszeitverkürzung verlängern unsere freie Zeit, die wir auch als Chance für mehr soziales Engagement, für mehr Mitmenschlichkeit in unserem Land nutzen müssen.

Sozialpartnerschaft

Kennzeichen eines freiheitlichen Sozialstaates ist auch die Gestaltungsfreiheit für Sozialpartner. Das natürliche Spannungsverhältnis zwischen freien Sozialpartnern in einer freien Gesellschaft eröffnet Chancen, birgt aber auch große Risiken. Tarifautonomie, Mitbestimmung und gewerkschaftliche Pluralität sind wesentliche Kernelemente der sozialen Partnerschaft. Daraus erwächst ihnen die Hauptverantwortung für Vollbeschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die deutschen Sozialpartner haben ihre Freiheit verantwortungsbewusst genutzt und den sozialen Frieden zum Wohle aller vorbildlich gewahrt. Dies muss auch künftig Leitziel der Sozialpartnerschaft bleiben. Im Interesse der Chancengerechtigkeit muss bei allen Wahlen von Arbeitnehmervertretungen der Minderheitenschutz gesetzlich gewährleistet bleiben.

Die HWP tritt ein für die Mitverantwortung der Arbeitnehmer durch Mitwirkungsmöglichkeiten, wie Mitbestimmung und Mitgestaltung des einzelnen am Arbeitsplatz im Unternehmen, auf nationaler und internationaler Ebene. Moderne Arbeitstechniken und Produktionsstrukturen erlauben eine stärkere Differenzierung der Arbeitsbedingungen. Das Leben und die Interessen auch der Arbeitnehmer sind vielfältiger geworden. Besser ausgebildete Arbeitnehmer wünschen zum Teil ganz unterschiedliche Arbeitsformen und Freizeitregeln. Deshalb ist es Aufgabe der Tarifpartner, differenziertere Bedürfnisse der Arbeitnehmer durch tarifliche Differenzierungen zu

befriedigen. Die Sozialpartner sind vor allem auch aufgefordert, frauengerechte und familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Die HWP setzt sich für eine weitere Humanisierung der Arbeitsbedingungen ein, damit der einzelne Arbeitnehmer an einem menschengerechten Arbeitsplatz sich besser entfalten und Arbeitsvorgänge mitgestalten kann. Die arbeitsteilige Gesellschaft ist durch Spezialisierung, Rationalisierung und Automation gekennzeichnet. Lebensbedürfnisse und Leistungsfähigkeit der arbeitenden Menschen sind Maßstab für die Veränderung der Arbeitswelt durch Sozialpartner

und Staat. Dazu gehören erhöhte Arbeitssicherheit, verstärkter Gesundheitsschutz, Maßnahmen zur Arbeitserleichterung und zur beruflichen Weiterbildung.

Darüber hinaus strebt die *HWP* bei der Verbesserung der Arbeitswelt mehr Freiheits- und Verantwortungsraum an. Je größer die Chance des einzelnen zu sinnerfüllter Arbeit ist, umso intensiver wird die Bereitschaft und Fähigkeit sein, Begabung und Leistung voll zu entfalten. Dazu dient auch die berufliche Weiterbildung.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

Wirksame Vermögensbildung der Arbeitnehmer ist ein wichtiger Beitrag zur Verteilungsgerechtigkeit und dient der Machtbalance in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Trotz langjähriger staatlicher Förderung ist der Durchbruch zur breiten Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital unserer Wirtschaft noch nicht gelungen.

Für die *HWP* ist die breitgestreute, individuell gestaltete Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand daher eine wichtige gesellschaftspolitische Zukunftsaufgabe. Die Beteiligung möglichst vieler Arbeitnehmer am Zuwachs des Produktivvermögens steigert das Interesse am eigenen Vermögen; sie bietet sich besonders beim Aufbau in den neuen Ländern an. Durch breite Vermögensbildung wird unsere auf privatem Eigentum beruhende Wirtschaftsordnung gefestigt sowie die Kapitalausstattung der Unternehmen verbessert und die Arbeitsplatzsicherheit erhöht. Die Arbeitnehmer gewinnen mehr Interesse am wirtschaftlichen Geschehen ihres Unternehmens und können durch Mitbestimmung aus Miteigentum mitgestalten.

Gesetzgeber und Tarifvertragsparteien sind aufgefordert, eine breite Streuung von Produktivvermögen zu ermöglichen. Die *HWP* erstrebt die Bildung von individuell verfügbaren Vermögensbeteiligungen auf der Basis von Freiwilligkeit und Freiheit der Anlageform. Die *HWP* lehnt die Bildung von anonymen Fonds ohne Mitbestimmungsmöglichkeiten der einzelnen Arbeitnehmer ab. Persönlich erarbeitetes und verfügbares Eigentum ist Ausdruck persönlicher Entfaltung und Leistung.

Sozialraum Europa

In der EU haben die Menschen volle Freizügigkeit. Eine sozialpolitische Aufgabe der Zukunft ist deshalb, Europa als Sozialraum zu gestalten. Dafür müssen nach Auffassung der *HWP* die gleichen allgemeingültigen Grundsätze gelten. Freiheit, Gerechtigkeit, Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität sind Werte ohne Grenzen.

Die *HWP* will Garant dafür sein, dass die sozialen Arbeitnehmerrechte in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit Blick auf einen europäischen Mindeststandard verschlechtert werden. Dies gilt auch für national unterschiedlich geregelte Bereiche wie die Mitbestimmung. Die *HWP* wird sich dafür einsetzen, dass der hohe Stand der sozialen Arbeitnehmerrechte in der Bundesrepublik Deutschland zum Ziel für Europa wird, um somit den sozialen Frieden innerhalb Europas zu fördern und für deutsche Unternehmen die Wettbewerbsbedingungen zu verbessern. Auf dem Weg dahin bewahrt die Festlegung sozialer Mindestrechte nationale Eigenständigkeit und Vielfalt und berücksichtigt das Gemeinwohlinteresse. Soziale Mindestnormen sind jedoch für einige Mitgliedstaaten noch Ziele sozialpolitischer Verbesserungen.

Die Angleichung geschichtlich gewachsener, unterschiedlicher sozialer Sicherungssysteme ist weder notwendig noch wünschenswert. Die *HWP* strebt vielmehr individuelle Ausgleichsregelungen für Arbeitnehmer an, die soziale Sicherungssysteme grenzüberschreitend wechseln. Ein genereller Export sozialer Leistungen in die verschiedenen europäischen Länder muss zum Schutz der Leistungsfähigkeit nationaler sozialer Sicherungssysteme ausgeschlossen werden. Kein Staat allein, auch nicht Deutschland, kann die sozialen Probleme anderer EG-Länder lösen.

Gesundheitspolitik

Unsere Gesundheitspolitik will die Gesundheit erhalten, Krankheiten heilen, Beschwerden lindern und das Leben behinderter Mitbürger erleichtern. Bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten hat der Bürger Anspruch auch auf staatliche Schutzmaßnahmen. Fundament einer freiheitlichen Gesundheitspolitik sind Eigenverantwortung, Solidarität und Selbstverwaltung im gegliederten System der sozialen Sicherung. Deutschland verfügt über eine international anerkannte erstklassige medizinische Versorgung. Freie Arztwahl und Niederlassungsfreiheit sind Kernelemente unseres Gesundheitssystems, die gesetzliche wie die private Krankenversicherung ihr Fundament. Jeder Bürger muss ohne Rücksicht auf seine finanzielle Lage die notwendigen Hilfen der modernen Medizin in Anspruch nehmen können. Die gleichwertige medizinische Grundversorgung in Stadt und Land muss erhalten bleiben.

Die *HWP* wird mit Nachdruck dafür sorgen, dass dieses Gesundheitswesen dauerhaft finanzierbar bleibt. Ein wichtiges Ziel der *HWP*-Gesundheitspolitik bleibt die Beitragsstabilität in der Krankenversicherung und die Herbeiführung gleicher Wettbewerbschancen zwischen den Krankenkassen. Unbegrenzter Ausgabenanstieg gefährdet unser Gesundheitssystem insgesamt.

Die *HWP* will die medizinische Versorgung in den Krankenhäusern - nach Versorgungsstufen und Fachkrankenhäusern gegliedert - optimieren. Die Ausbildungskapazitäten im Gesundheitswesen sind dem Bedarf anzupassen, die Mediziner Ausbildung so zu gestalten, dass eine zeitgemäße Ausbildung nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft gesichert ist. Neue Anreize für wirtschaftliches Verhalten der Krankenhäuser müssen geschaffen, die Krankenhauskosten durch sparsame effektive Wirtschaftsführung in Grenzen gehalten werden.

Die *HWP* will die Krankenpflege, Kinderkrankenpflege und Altenpflege attraktiver machen – im Interesse der Betreuung kranker, hilfsbedürftiger und älterer Mitbürger. Aufklärung und Beratung, medizinische und psychosoziale Betreuung der Kranken, eine spezielle Forschungsförderung und seuchenrechtliche Maßnahmen sind verstärkt notwendig, um auch die Seuche AIDS wirkungsvoll zu bekämpfen.

Gesundheitliche Aufklärung, Lebensmittelüberwachung und gesundheitlicher Verbraucherschutz gewinnen bei einem freien Warenaustausch im europäischen Binnenmarkt an Bedeutung. Die *HWP* wird sich dafür einsetzen, dass dabei der hohe deutsche Standard gewahrt bleibt. Letztlich legt jeder einzelne Bürger durch gesundheitsbewusste Lebensführung die Grundlage für seine Gesundheit. Vorbeugen ist besser als Heilen. Aus dieser Verantwortung darf niemand zu Lasten der Solidargemeinschaft entlassen werden. Die *HWP* wird dazu Eigeninitiative und Selbstverantwortung der Versicherten stärken. Deshalb setzt sie sich verstärkt dafür ein, dass Gesundheitsleistungen nur in Anspruch genommen werden, soweit sie für die Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit erforderlich sind.

Keine Drogen

Der Gebrauch von Rauschgift und der Missbrauch von Alkohol und auch von Medikamenten sind alarmierende Herausforderungen, weil sie nicht nur die Gesundheit einzelner ruinieren,

sondern auch gesellschaftliche und staatliche Strukturen zersetzen. Wir müssen Drogen ächten; ihrer Verharmlosung treten wir entgegen. Die *HWP* fordert daher verstärkte Aufklärung und verbesserte Rehabilitationsmaßnahmen.

Wir müssen aber auch durch wirksamere rechtliche und polizeiliche Instrumente und verstärkte internationale Zusammenarbeit die hierbei auftretende organisierte, den Rechtsstaat zersetzende Kriminalität vernichten. Eine härtere Bestrafung der Täter, die Menschen in Abhängigkeit und Selbstzerstörung treiben, ist unabdingbar. *Opferschutz steht vor Täterschutz.*

7. Soziale Marktwirtschaft

Unser Arbeiten und Wirtschaften dient der Sicherung der materiellen Grundlagen unseres Daseins und der Mehrung persönlicher Entfaltungschancen durch Leistung. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Unsere wirtschaftlichen Anstrengungen sollen das System der sozialen Sicherung auf hohem Niveau festigen, durch eigene Maßnahmen und internationale Kooperation die Ökosysteme besser schützen und den technischen Fortschritt fördern.

Erfolgsmodell

Eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Garant der persönlichen Freiheit. Eine auf dem Grundsatz der Vertragsfreiheit aufbauende Privatrechtsordnung ist das Fundament der Marktwirtschaft. Die Freiheit, etwas zu beginnen und aufzubauen, über Privateigentum zu verfügen, gehört zu den unabdingbaren Voraussetzungen sinnvoller Selbstverwirklichung. Privates Eigentum muss rechtlich so abgesichert sein, dass es in seiner materiellen Substanz generationsübergreifend verfügbar bleibt.

Die soziale Marktwirtschaft hat sich der Planwirtschaft in jeder Hinsicht als überlegen erwiesen. Sie bündelt die schöpferischen Kräfte der Menschen, ihre materielle Ergiebigkeit ist nicht nur die Quelle individuellen Wohlstands, sondern auch Voraussetzung für sozialen Frieden und Humanisierung der Arbeitswelt. Sozialer Friede und ein angemessenes Niveau sozialer Sicherheit sind notwendige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Volkswirtschaft.

Die soziale Marktwirtschaft ist auch das Modell für den wirtschaftlichen Neuaufbau in Osteuropa. Zur sozialen Marktwirtschaft gibt es in einer freiheitlichen Gesellschaft keine Alternative. Die soziale Marktwirtschaft ist die Wirtschaftsordnung sozial und ökologisch verantworteter Freiheit. Sie entspricht den Idealen einer freiheitlichen Gesellschaft und entspringt der europäischen kulturellen Tradition. Sie gewährt den Unternehmern den Freiraum für den optimalen Einsatz der Produktionsmittel in ihrer persönlichen Verantwortung und auf ihr eigenes Risiko, sie eröffnet den Arbeitnehmern die Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg und mehr Einkommen durch Leistung; sie sorgt aber auch für Chancengleichheit und Verminderung sozialer Spannungen.

Die soziale Marktwirtschaft ist eine anpassungsfähige lebendige Ordnung. Sie war und ist immer offen für notwendige soziale Korrekturen. Sie kann auch am besten sachgerechte Antworten auf die wachsenden ökologischen Herausforderungen geben. Es ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die ökonomische und gesellschaftliche Dynamik mit den gesicherten ökologischen Notwendigkeiten in Einklang zu bringen. Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt ist in Grenzen zu halten, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, das Schaffen von Arbeitsplätzen und das Wachstum des privaten Unternehmenssektors zu begünstigen und die Erhaltung unserer wettbewerbsorientierten Wirtschaftsordnung sicherzustellen. Nach Auffassung der *HWP* ist die soziale Marktwirtschaft auch das Ordnungsprinzip für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion, das möglichst unverfälscht durchgesetzt werden muss.

Wirtschaftspolitisches Handeln

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung steigert die gesamtwirtschaftliche Produktivität um den Preis der gegenseitigen Abhängigkeit der Volkswirtschaften. Viele wirtschaftspolitische Probleme können nicht mehr im engen Rahmen eines Nationalstaats gelöst werden. Hoheitliches wirtschaftspolitisches Handeln wird immer mehr durch internationale Kooperation oder durch Entscheidungen auf internationaler Ebene ersetzt. Diese Entscheidungen müssen politisch transparent und für den Bürger nachvollziehbar sein.

Die *HWP* wird Kompetenzübertragungen auf supranationale Institutionen oder Organisationen nur nach dem Subsidiaritätsprinzip zustimmen, damit nationale und regionale Aufgaben nicht unnötig internationalisiert, sondern problemnah entschieden werden können.

Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Die Exportnation Deutschland muss die Grundlagen ihrer Leistungsfähigkeit erhalten und verbessern. Die Innovationskraft der Unternehmen, die Infrastruktur unseres Landes, Ideenreichtum, Ausbildung, Können und Fleiß der Menschen bieten die beste Voraussetzung dafür. Zur Sicherung der industriellen Basis der deutschen Volkswirtschaft ist eine Stärkung des Potentials an Produkt- und Verfahrensinnovationen durch Forschung, Entwicklung und Rationalisierung erforderlich. Dies schließt eine konzentrierte staatliche Förderung der Grundlagenforschung ein.

Der Staat muss durch eine Begrenzung der von ihm beeinflussbaren Lohnnebenkosten sowie durch eine Vereinfachung der Gesetzgebung und durch eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren seinen Beitrag zur Verbesserung der Standortbedingungen leisten. Zur Standortqualität gehört auch eine intakte Umwelt. Nur durch das Zusammenwirken von Unternehmen, Staat und Sozialpartnern können wir unsere wirtschaftliche Position behaupten und den Erwartungen der Länder der dritten Welt und Osteuropas auf mehr Hilfe gerecht werden.

Wirtschaftspolitik

Eine vorrangige nationale Aufgabe ist es, die Lebensverhältnisse in den neuen Ländern an die Lebens- und Arbeitsbedingungen im westlichen Teil Deutschlands heranzuführen. Aber auch die Problemzonen im alten Bundesgebiet dürfen nicht vernachlässigt werden.

Die *HWP* will die Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten vertiefen und auf möglichst viele Gebiete ausdehnen, um ihre Bindung an Zentraleuropa zu festigen. Die übrigen Staaten Osteuropas und der GUS sollen in ihren Bemühungen, stabile freie und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen zu errichten, nachhaltig unterstützt werden. Dies dient auch der Schaffung stabiler politischer Verhältnisse in ganz Europa. Zur Entschärfung des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gegensatzes und zur Milderung des Zuwanderungsdrucks auf die Wohlstandszone Europa muss eine umfassende Entwicklungsstrategie entwickelt werden.

Dieser weite Fächer von Aufgaben kann nur bewältigt werden, wenn wir den Innovationswettbewerb mit den hoch entwickelten Volkswirtschaften Nordamerikas und des pazifischen Beckens bestehen. Voraussetzung dafür ist die Sicherung und Verbesserung der Qualität des Industriestandortes Deutschland.

Wettbewerb stärken

Wirtschaftliche Ziele lassen sich nur erreichen und die Leistungskraft der deutschen Wirtschaft nur dann sichern, wenn ein funktionsfähiger Leistungswettbewerb besteht und aufrechterhalten wird. Grundlage einer dynamischen Wirtschaft ist eine ausgewogene Unternehmensstruktur mit einer Vielzahl von Unternehmen verschiedener Größe. Wir wollen sie auch mit Hilfe des Wettbewerbsrechtes erhalten. Sie stärkt den Wettbewerb und ist eine Stütze unserer freien Gesellschaft.

Notwendig ist auch ein wirksamer Verbraucherschutz gegen missbräuchliche Gestaltung von Formularverträgen und eine sachgerechte Produktinformation. Der wirtschaftliche Wettbewerb ist sowohl national als auch auf europäischer Ebene zunehmend durch industriepolitische Interventionen gefährdet. Diesen Tendenzen gilt es zu wehren, weil sie die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft nachhaltig mindern würden. Für die *HWP* gilt der Grundsatz: Eine gute Wettbewerbspolitik ist die beste Industriepolitik. Industriepolitische Einflüsse müssen bei der europäischen Fusionskontrolle schon institutionell wirksam ausgeschlossen werden. Deshalb muss ein europäisches Kartellamt geschaffen werden, das für die Kontrolle von Zusammenschlüssen unter rein wettbewerblichen Aspekten zuständig sein soll. Bei der Untersagung einer Fusion sollte die Europäische Kommission in einer zweiten Kontrollstufe aus allgemein wirtschaftspolitischen Erwägungen eine abweichende Entscheidung treffen können.

Die zunehmende Globalisierung des Wettbewerbs hat auch eine Internationalisierung der Wettbewerbsbeschränkungen zur Folge. Weder das nationale noch das regionale Wettbewerbsrecht der EU können diese Entwicklung hinreichend kontrollieren. Deshalb wird die *HWP* alle Initiativen fördern, um im Rahmen des GATT zu einer fairen internationalen Wettbewerbsordnung als Grundlage der internationalen Arbeitsteilung zu kommen.

Mittelstand und Handwerk - Rückgrat einer freien Gesellschaft

Ohne eine breite Schicht von Selbständigen, sei es als Handwerker, als gewerbliche Unternehmer oder als Angehörige freier Berufe, kann eine freiheitliche Gesellschaft nicht funktionieren. Der mittelständische Unternehmer gewährleistet mit seiner Risikobereitschaft und Dynamik, mit seinen Eigenschaften wie Eigeninitiative, Selbstverantwortung, Kreativität, Flexibilität und Fleiß wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität. *Der Mittelstand sichert Kreativität und Dynamik unserer Wirtschaft.* Er trägt zu einem hohen Beschäftigungs- und Ausbildungsniveau bei. Vielfalt und Dynamik der mittelständischen Wirtschaft müssen gesichert und deshalb deren größenspezifische Nachteile durch geeignete Angebote, vor allem bei Beratung, Information und Kapitalbeschaffung, gemildert werden.

Die *HWP* will das "*Fenster der Selbständigkeit*" als besondere Chance für Flexibilität der Wirtschaft und beruflichen Aufstieg weit öffnen. Die *HWP* will eine breite Schicht selbständiger Existenzen, um wirtschaftliche und politische Macht zu dezentralisieren sowie Unternehmergeist und individuelle Freiheit dauerhaft in unserer Gesellschaft zu verankern.

Der wirtschaftliche Wandel eröffnet neue Tätigkeitsbereiche für Selbständige, insbesondere bei den Dienstleistungen und im Umweltschutz.

Stabile Währung

"Gutes Geld" ist für die soziale Marktwirtschaft ebenso wichtig wie eine strikte Wettbewerbsordnung. Nur eine politisch unabhängige Notenbank sowie deren Verpflichtung auf eine konsequent stabilitätsorientierte Geldpolitik können Vertrauen in unsere Währung sichern.

Die *HWP* setzt sich daher kompromisslos für die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank im Vollzug der Wirtschafts- und Währungsunion ein.

Eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion ist notwendig. Die Stabilität der Währung darf dabei unter keinen Umständen gefährdet werden. Inflation darf niemals ein bequemer Ausweg bei Überbeanspruchung der Produktivität und für eine unsolide öffentliche Haushaltspolitik sein.

Energieversorgung

Die Knappheit der Rohstoffe und die Begrenztheit der Energiereserven stellen eine ständige Bewährungsprobe für die Anpassungsfähigkeit der Marktwirtschaft und eine Herausforderung an Forschung und Technologie dar. Sparsamer Umgang und Wiederverwertung von Rohstoffen,

Kampf gegen Energieverschwendung und die weltweite Suche nach neuen und regenerativen Energien werden diese Aufgabe bewältigen helfen.

Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Wirtschaft, damit unsere Volkswirtschaft langfristig mit Energie und Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen versorgt werden kann. Eine Diversifizierung der Energieeinfuhren verringert das politische Versorgungsrisiko.

Die Kosten der Energiesicherung müssen wettbewerbsneutral aufgebracht werden. Die heimischen Energieträger, Steinkohle, Braunkohle und Wasserkraft, sind zu nutzen, soweit dies ökologisch und wirtschaftlich vertretbar ist. *Die HWP fordert, die Energieforschung verstärkt zu fördern, damit neue und regenerative Energiequellen beschleunigt entwickelt und auf dem Markt eingeführt werden.*

Zur Sicherung der nationalen Energieversorgung und zur Vermeidung weiterer ökologischer Risiken kann auf den weiteren Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke nicht verzichtet werden.

Der Weiterbetrieb dieser Anlagen muss so erfolgen, dass die Umwelt voll geschützt wird. Alle am Wirtschaftsprozess Beteiligten, die produzierende Wirtschaft wie die privaten Haushalte, müssen stärker als bisher Energie einsparen. Die Rückgewinnung von Rohstoffen ist zu fördern. Die Anstrengungen auf nationaler Ebene müssen durch die Solidarität der Industriestaaten und eine möglichst enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Rohstoff- und Energieerzeugungsländern im Rahmen ungehinderter Handelsbeziehungen und eines freien Zwischenverkehrs abgesichert werden. Die *HWP* fordert, dass die EU auf diesem Gebiet den ihr zukommenden Auftrag erfüllt.

Arbeitsplätze

Sinnvolle Arbeit ist die Voraussetzung für ein erfülltes Leben. Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist daher die beste Sozialpolitik. In der sozialen Marktwirtschaft regeln die Sozialpartner Arbeitsbedingungen, Lohn- und wesentliche Lohnnebenkosten. Die Tarifautonomie ist deshalb der Schlüssel zu Arbeitsplätzen und Vollbeschäftigung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer schaffen miteinander den Wertzuwachs ihrer Unternehmen. Beide zusammen erarbeiten den materiellen Wohlstand unseres Volkes.

Staatliche Arbeitsmarktpolitik hat lediglich ergänzende Aufgaben. Die Arbeitslosenversicherung dient der sozialen Absicherung von Arbeitslosigkeit und der beruflichen Wiedereingliederung. Nur die Leistungskraft unserer Wirtschaft und fachliche Qualifikation unserer Arbeitnehmer zusammen sichern die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Wir brauchen die Güte der schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung, verbunden mit Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik. Das duale Ausbildungssystem hat sich bewährt und muss erhalten werden. Das Berufsleben erfordert immer mehr und immer höhere Qualifikationen. Dabei kommt der beruflichen Weiterbildung wachsende Bedeutung zu. Die *HWP* wird deshalb unser gegliedertes leistungsfähiges Bildungs- und Ausbildungssystem aller Stufen auf hohem Niveau halten und ausbauen. Hier kommt auch der außerschulischen Erziehung und der Fortbildung dieser Einrichtungen ein besonderes Augenmerk. Die *HWP* will verhindern, dass die Gesellschaft auseinander fällt in produktive Schichten, die den Technologiewandel bewältigen, und in solche, die den ständig steigenden wissensmäßigen Anforderungen der Arbeitswelt nicht gerecht werden können.

Durch Weiterbildungsprogramme, die Förderung neuer Berufsbilder und geeignete soziale Betreuungsmaßnahmen ist dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer, die den Anforderungen der modernen Industriegesellschaft nicht oder nicht voll gewachsen sind, in das Wirtschaftsleben integriert werden.

Wirtschafts- und Sozialethik

Die soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie ist in ihrer ethischen Grundhaltung gemeinwohlorientiert. Dieser Wirtschaftsethik entspricht eine Sozialgesinnung und ein Umweltbewusstsein, nach denen jeder Bürger den ihm möglichen Beitrag zur Sicherung und Verbesserung unserer Lebensgrundlagen erbringt. Gesellschaftlich geduldete Aussteigermentalität ist sozial schädlich. Alternative Lebensgestaltung darf nicht mit Leben auf Kosten anderer verwechselt werden.

Gegen den Missbrauch sozialer Leistungen und steuerlicher Regelungen ist verstärkt vorzugehen. Die *HWP* vertritt eine solidarische, auf Leistung und Eigenverantwortung gegründete Wirtschafts- und Sozialethik. Leistungsfähigkeit und Umverteilungsbereitschaft sind kommunizierende Röhren. Wird die Umverteilung in der sozialen Marktwirtschaft überbetont, so geht dies zu Lasten der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Angesichts der stark gewachsenen Belastung der öffentlichen Haushalte hält die *HWP* eine Entlastung der sozialen Sicherungssysteme durch verstärkte individuelle Vorsorge für erforderlich, wo immer dies sozial verträglich ermöglicht werden kann. Unser komplexes Wirtschafts- und Sozialsystem wird nur dann wachsenden Anforderungen gerecht werden, wenn die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft gewahrt und die Leistungsträger vor Überforderung geschützt werden. Persönliche Leistung muss sich lohnen.

Die Leistungskraft der Sozialen Marktwirtschaft ist ebenso abhängig von der Leistungsbereitschaft aller am Wirtschaftsleben Beteiligten. Ohne Fleiß und Leistung hätte es nach dem Krieg kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben. Arbeitsethos, Verantwortungsbereitschaft, Teamgeist und fähiges Management sind auch im verschärften internationalen Wettbewerb notwendiger denn je, wenn wir Wohlstand und soziale Sicherheit halten wollen.

8. Steuern und solide Finanzen

Steuern bilden die materielle Grundlage unseres Staates. Jeder einzelne Staatsbürger erbringt nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen Beitrag zur Bewältigung der Staatsaufgaben. Der Staat schuldet dafür seinen Bürgern Anerkennung und Respekt unabhängig von ihrer Leistungskraft. Der Bürger erwartet sparsamen und verantwortungsbewussten Umgang mit den von ihm erbrachten Leistungen. Der Staat ist daher zur Rechenschaft verpflichtet und zwar im Sinne von Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit und Wirtschaftlichkeit. Eine gerechte Steuererhebung hat Vorrang vor weiteren allgemeinen Steuererhöhungen. Die Steuerpolitik der *HWP* muss der Aufgabe dienen, in Deutschland eine leistungsgerechte Besteuerung von Arbeitnehmern und Unternehmern sicherzustellen.

Die Privatisierung des Erwerbsvermögens des Bundes und der übrigen Gebietskörperschaften muss konsequent fortgesetzt werden. Dies gilt insbesondere für das kommunale Angebot wirtschaftlicher Leistungen.

Wegen der verschärften Konkurrenz auf den Weltmärkten ist die Fähigkeit zu innovativem Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Die Steuerpolitik hat dem ebenso Rechnung zu tragen wie der Anpassung der steuerlichen Rahmenbedingungen an den europäischen Binnenmarkt. Die Steuerpolitik hat einen Beitrag zur Verbesserung der Standortbedingungen Deutschlands zu leisten.

Ertragsunabhängige Steuern der Unternehmen sind mittelfristig abzubauen. Sie dürfen Investitionen nicht be- oder verhindern. Die Steuerbelastung der Unternehmen darf nicht zu einseitigen Nachteilen des Standortes Deutschland im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den anderen Industriestaaten führen.

Die Wachstumsgrundlagen für die Zukunft sind durch eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik weiter zu stärken. Die Vereinfachung des Steuerrechts und eine möglichst unbürokratische Umsetzung der europäischen Beschlüsse zur Harmonisierung der indirekten Steuern, insbesondere im Hinblick auf kleine und mittlere Unternehmen, sind vorrangige Ziele der Steuerpolitik. Langfristig müssen auch die direkten Steuern innerhalb der EU angepasst werden.

Hauptaufgabe der Finanzpolitik ist es, die für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben erforderlichen Mittel zu beschaffen, für ihre sparsame und zweckmäßige Verwendung zu sorgen. Die *HWP* tritt ein für Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und die Einhaltung einer hohen Investitionsquote als verbindliche Grundsätze öffentlicher Ausgabenpolitik.

Die *HWP* steht für eine solide Haushaltspolitik ein. Einsparmöglichkeiten sind konsequent auszunutzen und Ausgaben sollten grundsätzlich nicht über den jährlich zu erwartenden Zuwachs des realen Bruttozialprodukts ansteigen. Die haushaltspolitischen Kriterien des Vertrages von

Maastricht sind möglichst zu erfüllen. Eine ordnungsgemäße Haushaltspolitik vor allem im Bund kann Vorbild sein für die EU und die Wirtschafts- und Währungsunion.

9. Verkehr und Mobilität

Gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land sind ohne Mobilität und Verkehr nicht möglich. Die Bewegungsfreiheit der Menschen, der Austausch von Gütern und Dienstleistungen sind Grundvoraussetzungen wirtschaftlichen Handelns und eines gesicherten Wohlstandes in einer arbeitsteiligen und freiheitlichen Gesellschaft. Verkehr entspringt dem menschlichen Bedürfnis nach persönlicher Bewegungsfreiheit und Kommunikation. Verkehrswege sind Lebensadern der Wirtschaft im nationalen wie im weltweiten Rahmen.

Der Verkehr wächst mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Technischer Fortschritt und ein geschichtlich bisher einmaliger Wohlstand haben in Deutschland, verstärkt durch EG-Binnenmarkt und Öffnung der Grenzen zu Mittel- und Osteuropa, das Verkehrsaufkommen sprunghaft gesteigert. Auf Deutschland als Haupttransitland in der Mitte Europas kommen besondere Belastungen zu.

Ein weiteres ungezügelt Anwachsen des Verkehrs führt bei ausgelasteter Verkehrsinfrastruktur in den Verkehrskollaps. Die Mobilität von Millionen stößt in Deutschland erkennbar an volkswirtschaftliche und ökologische Grenzen. Der Verkehr belastet zunehmend die Umwelt. Die Bewältigung der Verkehrsprobleme wird zu einer Schlüsselfrage unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft. Unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung steht hier vor einem deutlichen Zielkonflikt. Die *HWP* stellt sich dieser Herausforderung.

Der Verkehrsraum kann nicht unbeschränkt und einseitig auf Kosten von Mensch und Natur, zu Lasten der Landschaft und der gewachsenen Städte und Dörfer vermehrt werden. Deshalb bedarf die Verkehrspolitik einer grundlegenden Neuorientierung. Verkehrspolitik muss unter Wahrung der Umwelt in erster Linie Freiheit und Wohlstand sichern und in diesem Rahmen der Wirtschaft dienen. Die *HWP* will auch künftig Freiheit für die notwendige Mobilität von Personen, Gütern und Dienstleistungen sichern.

Verkehr vermeiden

Verkehr soll vermieden werden, wo immer es möglich ist. Das erfordert einen Bewusstseinswandel. Wirtschaftliches Wachstum soll ohne weiteres Wachstum des Verkehrs möglich werden. Die *HWP* wird deshalb die marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass unnötiger Verkehr, vor allem unnötiger Güterverkehr, vermieden wird. Auch wo eine Begrenzung oder Steuerung des motorisierten Personen-Individualverkehrs erforderlich ist,

muss sie mit Mitteln des Marktes, nach dem Verursacherprinzip und nach den Grundsätzen der Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit erfolgen.

Die Verkehrsinfrastruktur muss unter Beachtung der Umwelt und nach den Erfordernissen einer gleichgewichtigen Landesentwicklung regional ausgewogen in Stadt und Land ausgebaut werden. Der Staat hat verkehrspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die Belastungen für Mensch und Natur möglichst minimieren. Die Leistungsfähigkeit von Straße, Schiene, Luft und Wasser ist nach den Kriterien ökologischer Verträglichkeit, volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, wirtschaftlichem Aufwand und Sicherheit neu zu bewerten.

Verkehrsträger

Die Verkehrspolitik der *HWP* strebt eine dichte Vernetzung aller Verkehrsträger im Güter- und Personenverkehr an, insbesondere von Straße, Schiene, Luft- und Wasserwegen. Moderne elektronische Informationssysteme sind für eine optimale Steuerung der Verkehrsflüsse zu

nutzen. Schiene und Binnenschifffahrt müssen als umweltfreundliche Verkehrsträger gestärkt werden. Nur so kann der Zuwachs des Verkehrs bewältigt werden. Die Bahnen müssen wirtschaftlicher geführt und für gemeinwirtschaftliche defizitäre Leistungen von der öffentlichen Hand entschädigt werden. Die Modernisierung und die Reform der Bahnen dienen diesem Ziel. Nach Auffassung der *HWP* haben die Schiene und der kombinierte Verkehr aus ökologischen Gründen die größtmöglichen Zuwächse des Massenverkehrs zu übernehmen. Die *HWP* tritt auch im Schienenverkehr für eine neue funktions- und interessengerechte Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ein. Nach dem Grundsatz der Subsidiarität müssen die Kompetenzen und die dafür nötigen Finanzmittel nach unten verlagert werden.

Lastenausgleich

Die *HWP* wird mit den Instrumenten der Marktwirtschaft den Wettbewerb der Verkehrsträger Straße, Schiene, Luft und Wasser nach dem Grundsatz der Kostenwahrheit stärken. In einem europäischen freien Binnenmarkt sind die Mobilitätsbedingungen für Personen und Güter nur dann gleich, wenn die Kosten des Verkehrs künftig verstärkt dort erhoben werden, wo sie anfallen. Deutschland als Kern und Haupttransitländer in Europa haben ein berechtigtes Interesse an der regionalen Verteilung des Verkehrs und einer gerechten Kostenbelastung des durchrollenden Individual- und Güterverkehrs. Die *HWP* setzt sich deshalb für eine ausgewogene Steuerung der Verkehrsströme und für ein europäisches Konzept der Verkehrswegefinanzierung ein, das einen gerechten Lastenausgleich zwischen Ursprungs-, Transit- und Zielländern verwirklicht. Der internationale Verkehr ist insbesondere durch Einführung eines EU-konformen Abgabesystems an den Wegekosten zu beteiligen.

Der jetzt zunehmende Verkehr zwischen Ost und West erzwingt den raschen Ausbau der alten Verkehrswege und die Schaffung neuer leistungsfähiger Transitstrecken. Nur mit verkürzten Planungs- und Genehmigungszeiten einschließlich Gerichtsverfahren kann diesen Erfordernissen Rechnung getragen werden.

Öffentlicher Nahverkehr

Die Verkehrssituation in den Ballungs- und Verdichtungsräumen erfordert einen weiteren Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Benutzerfreundliche und sichere Bahnen und Busse im Taktverkehr sind Alternativen zum belastenderen Individualverkehr. Nach Auffassung der *HWP* muss der straßen- und umweltentlastende öffentliche Personennahverkehr, auch Fußgänger- und Fahrradwege nachhaltig gefördert werden. In hoch belasteten Verkehrsräumen ist Bahnen und Bussen Vorrang einzuräumen. Das Straßennetz muss funktionsfähig bleiben. Auch der ländliche Raum braucht eine Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Nach wie vor ist dort der Individualverkehr unverzichtbar.

Das Kraftfahrzeug wird auch in Zukunft einen erheblichen Teil des Personen- und Güterverkehrs bewältigen müssen. Deshalb ist es Ziel der *HWP*, die Fahrzeug- und Verkehrstechnik europaweit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verminderung der Umweltbelastungen zu verbessern. Dazu zählen die Reduzierung der Schadstoffemissionen, des Kraftstoffverbrauchs, der Lärmentwicklung, die Verkehrslenkung in Ballungsgebieten und die Wiederverwertbarkeit von Altfahrzeugen. Bund und EU haben die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass diese Ziele mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und damit auch durch Benutzervorteile für besonders verbrauchs-, abgas- und lärmarme Kraftfahrzeuge erreicht werden.

10. Wissenschaft und Technik

Wissenschaft und Technik prägen die Entwicklung der modernen Zivilisation. Sie sind eine Grundlage unseres Wohlstandes und einer humanen und produktiven Arbeitswelt. Geisteswissenschaften sowie Technik- und Naturwissenschaften müssen in der Bedeutung für unsere Gesellschaft gleichrangig sein. Die Geisteswissenschaften sind verpflichtet, sich den Problemen

der technischen Zivilisation zu stellen und geistige Orientierung im Leben unseres Volkes zu geben. Die *HWP* wird sich dafür einsetzen, dass die Geisteswissenschaften angemessene Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten im wissenschaftlichen Leben der Nation haben.

Forschung

Die Geltung Deutschlands wird in starkem Maße vom Stand unserer Forschung, vor allem von der biotechnischen, der chemischen und physikalischen Grundlagenforschung abhängen. Die Förderung von Wissenschaft und Technik ist daher eine Zukunftsaufgabe von nationaler Bedeutung. Forschung und Technik in Deutschland müssen weiterhin in der Welt einen Spitzenrang behaupten. Dazu ist auch in der Forschung die internationale Zusammenarbeit zu verstärken.

Ziel muss es sein, im Verbund mit den europäischen Partnern und in Zusammenarbeit mit den übrigen Industrienationen einen Beitrag zur Sicherung des allgemeinen Wohlstandes, zur Besserung der Lebensbedingungen und zur Erhaltung einer gesunden Umwelt zu leisten.

Die *HWP* wird die Förderung von Wissenschaft und Technologie als vorrangige staatliche Aufgabe ansehen. Sie wird die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft verstärkt unterstützen.

Die *HWP* will eine Forschungsförderung, die schnell und flexibel auf wissenschaftliche Herausforderungen reagiert und wirtschaftspolitische Perspektiven berücksichtigt. Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft bereichert Forschung und Lehre und stellt die rasche Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis sicher.

Der Forscher hat eine ethisch begründete Verantwortung. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde und des menschlichen Lebens sind die immanenten Schranken jeder wissenschaftlichen Forschung und technischen Anwendung. Die *HWP* bekennt sich zur Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, sie fordert jedoch die Einhaltung verbindlicher ethischer Maßstäbe in Wissenschaft und Technik. Die gleichen Maßstäbe, vor allem die Wahrung verbürgter Persönlichkeitsrechte, müssen auch bei der Anwendung moderner Technik gelten.

Wissenschaft und Lehre

Immer mehr Berufe erfordern wissenschaftliche Qualifikation. Die *HWP* setzt sich dafür ein, dass jeder entsprechend Begabte eine angemessene Ausbildung erhält. Ausbildungsförderung ermöglicht auch einkommensschwachen Bürgern über eine qualifizierte Ausbildung den Weg zum beruflichen Erfolg.

Die *HWP* tritt für den weiteren kontinuierlichen Aus- und Umbau der Hochschulen und die Ergänzung des Fachhochschulangebots ein. Die bestehenden Ausbauzahlen sind aufzustocken,

damit sich die Schere zwischen den Ausbauzielen und der tatsächlichen Belastung nicht weiter öffnet. Auch die Einrichtung von Eliteuniversitäten darf kein Tabuthema sein.

Die *HWP* strebt langfristig die Abschaffung des Numerus Clausus an, weil nur so das Grundrecht der freien Berufswahl uneingeschränkt gilt. Es ist allerdings ein Ausgleich zu finden zwischen dem Bestreben, möglichst viele Bewerber zuzulassen und dem Anspruch des zugelassenen Studenten auf eine ordnungsgemäße Ausbildung und dem Ziel einer ertragreichen Forschung.

Die *HWP* fordert den raschen Ausbau der Fachhochschulen, weil an ihnen die von der Arbeitswelt stark nachgefragten Hochschulabsolventen praxisnah und in angemessener Zeit ausgebildet werden.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist unabdingbare Voraussetzung für die Leistungsfähigkeit der Hochschulen. Die gemeinsame Verantwortung von Lehrenden und Lernenden erfordert deren ständigen Dialog, ein vertrauensvolles Zusammenwirken und Mitwirkungsrechte. Das Studienangebot ist beständig zu aktualisieren, neue und aussichtsreiche Studiengänge sind zu

fördern. Die Hochschule kann selbst durch interne Umwidmung von Ressourcen wesentlich dazu beitragen.

Die *HWP* fordert eine Verkürzung der überlangen Studienzeiten durch eine sinnvolle und effiziente Gestaltung des Studiums und eine Begrenzung der Leistungsnachweise auf das notwendige Maß. Die Qualität der Lehre ist durch geeignete Anreize zu steigern. Dabei ist auf die Vermittlung eines breiten Grundwissens besonders zu achten.

Elite fördern

Für die *HWP* ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ein herausragender bildungspolitischer Schwerpunkt. Dabei sind junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gleichberechtigt unter dem Gesichtspunkt der Qualität gezielt zu fördern.

Gerade der demokratische Staat und die moderne von Wissenschaft und Technik bestimmte freiheitliche Gesellschaft brauchen geistige Eliten. Sie sind das lebensnotwendige Element, das unser Volk geistig und gesellschaftlich voranbringt und so seinen wissenschaftlichen und damit auch seinen wirtschaftlichen und politischen Rang in der Welt sichert. Komplizierte und vielschichtige Fragestellungen verlangen interdisziplinäre, fakultäts- und hochschulübergreifende Kooperation. Die *HWP* fordert deshalb den befristeten Forschungsverbund, der sich mit konkreten wissenschaftlichen Problemen befasst und die Wirtschaft mit einbezieht.

Bei Ausbau und Weiterentwicklung der Hochschulen ist die Zuständigkeit der Länder zu wahren. Bund-Länder-Programme dürfen nicht verfassungswidrig in die Aufgabe der Länder eingreifen. Die *HWP* setzt sich dafür ein, dass die Hochschulen Orte internationaler Begegnung des Wissensaustausches und des wissenschaftlichen Dialogs sind. Insbesondere gilt das für die Hochschulen der Länder Osteuropas und mit Blick auf den europäischen Einigungsprozess für die Hochschulen im gesamten Europa.

11. Bildung und Erziehung

Bildung eröffnet dem Menschen Chancen für ein Leben in Freiheit, Selbstentfaltung und Verantwortung in der Gemeinschaft. Sie eröffnet Berufswege, gesellschaftlichen Aufstieg und sozialen Ausgleich. Sie ermöglicht Orientierung, Urteilskraft und Verantwortungsbewusstsein.

Der Wettbewerb der Völker und Nationen verlangt schöpferischen Umgang mit der eigenen Tradition und den Herausforderungen der Gegenwart. Bildung und Erziehung sichern die Weitergabe der kulturellen Traditionen unseres Volkes, der religiösen Werte und wissenschaftlichen Erkenntnisse an die nächsten Generationen. Sie fordern zugleich kulturelle und wissenschaftliche Neuschöpfungen heraus. *Bildung ist Investition in die Zukunft.*

Bildungsziele

Die *HWP* richtet die Inhalte ihrer Bildungspolitik an den Verfassungswerten aus. Sie sind die Richtschnur einer Werte begründenden und Werte vermittelnden Erziehung. Das erfordert die Vermittlung von Wissen und Können sowie die Bildung von Herz und Charakter.

Oberste Ziele sind die Achtung vor der Würde des Menschen und die Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt. Dies sind die Grundlagen für das Leben in der Gemeinschaft. Es schließt die Achtung vor der religiösen Überzeugung anderer ebenso mit ein wie die Erziehung zu Toleranz und friedlichem Zusammenleben in unserer Gesellschaft von Deutschen und Ausländern. Die *HWP* lehnt jeglichen Fanatismus, sei er moralisch, politisch, ökologisch oder religiös begründet, ab, weil er nur unzureichende, vereinfachte Antworten für komplexe Lebensprobleme bietet.

Bei der Auswahl der Bildungsinhalte muss sich der Staat von der Vielfalt der gewachsenen Kultur, von unserer demokratischen Grundordnung, aber auch von den Anforderungen eines sich einigenden Europas und einer zusammenwachsenden Welt leiten lassen. Die *HWP* wird die Freiheit der Lehrenden entsprechend ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gewährleisten.

- Gerechtigkeit und Subsidiarität müssen nach unserer Auffassung auch für die Schul- und Bildungspolitik gelten. Gerechtigkeit erfordert, dass das Bildungswesen durchlässig ist und Abschlüsse allein nach den Gesichtspunkten Leistung und Befähigung verleiht.
- Subsidiarität bedeutet, dass dem öffentlichen Schulwesen nicht Aufgaben zugemessen werden dürfen, die in die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen oder der Familie fallen.

Die *HWP* tritt für ein vielfältiges Bildungsangebot ein. Dies umfasst neben Kindergarten, Schule und Hochschule auch außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, die Büchereien, die Musikpflege und den Sport in unterschiedlichem Maß. Kunst und Kultur, Denkmalschutz, Brauchtums- und Heimatpflege brauchen auch in unserer offenen Gesellschaft öffentliche Förderung, damit die Vielfalt und der Reichtum unserer gewachsenen Kultur erhalten und lebendig bleiben. Die *HWP* begrüßt und unterstützt die Aktivitäten freier Träger und privater Initiativen gerade in diesen Bereichen.

Bildungsangebote

Der Vielfalt menschlicher Begabungen und Neigungen sowie der Mannigfaltigkeit der Berufe wird ein gegliedertes Schulwesen am besten gerecht. Es berücksichtigt mit seiner Durchlässigkeit die individuelle, kindgerechte Entwicklung. Es vermittelt am besten jedem Kind die seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung. Die allgemeinbildenden Schulen müssen junge Menschen auf die sich wandelnden Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten.

Die Eignung des Schülers und der Wille der Eltern müssen auch künftig über Schule und Ausbildungsweg der Kinder entscheiden. Das gegliederte Schulwesen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Die *HWP* ist aber auch anderen Schulsystemen gegenüber offen und befürwortet den Ausbau der Ganztagschulen.

Die *HWP* wird das gegliederte Schulsystem leistungsfähig erhalten. Sie tritt deshalb für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Daher müssen Allgemeinbildende und Berufsschulen eng aufeinander abgestimmt und wirkungsvoll aufgewertet werden. Der Wert und die Anerkennung dieses eigenständigen Bildungsganges sind zu stärken. Den erworbenen Abschlüssen müssen auf dem Arbeitsmarkt soziale Anerkennung und Einkommen entsprechen. Die *HWP* wird auf die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen aller deutschen Länder achten. Leistung ist in einer demokratischen Gesellschaft der entscheidende Auswahlgrundsatz für Aufstieg und Erfolg.

Die Schulen sind deshalb dem pädagogisch verantworteten Leistungsprinzip verpflichtet. Sie müssen aber nicht nur Leistungs-, sondern auch Lebensraum für die Schüler/innen sein und menschliches Miteinander einüben. Schule soll Raum lassen für die Entwicklung eines sozialen und kulturellen Gemeinschaftslebens, in dessen Gestaltung Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger einzubeziehen sind. Lernschwache sind nach ihren individuellen Bedürfnissen ebenso zu fördern wie besonders Begabte.

Behinderte Kinder sind bestmöglich zu fördern, sei es in der Regelschule oder in Schulen für besonderen Förderungsbedarf. Dabei muss das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen. Die Erziehung im Kindergarten leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und zum Sozialverhalten des Kindes. Sie muss deshalb wertorientiert sein.

Kinderhorte/Krippen betreuen schulpflichtige Kinder altersgerecht und familienergänzend. Die *HWP* fördert deshalb eine bedarfsgerechte flächendeckende Versorgung mit Kindergärten und Kinderhorten/Krippen als familienunterstützende Bildungseinrichtungen. Sie setzt sich ein für neue Formen der Kinderbetreuung, die Müttern und Vätern, auch Alleinerziehenden nach ihrem Erziehungsurlaub die Wiedereingliederung in das Berufsleben erleichtern können. Dazu bedarf es auch vielfältiger privater Initiativen.

Erwachsenenbildung und berufliche Weiterbildung bieten Orientierungshilfen im gesellschaftlichen und technischen Wandel. Dabei müssen der Erwerb oder die Weiterentwicklung von Schlüsselqualifikationen wie Flexibilität sowie die Bereitschaft zu Teamarbeit und Innovation im Vordergrund stehen. Die *HWP* erstrebt in Erwachsenenbildung und beruflicher Weiterbildung Vielfalt und freiwillige Zusammenarbeit aller Bildungsträger.

Dem Sport kommt für die Erziehung der Jugend, die Gesundheit der Bevölkerung und die Freizeitgestaltung eine Schlüsselfunktion zu. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration des einzelnen in der Gesellschaft. Die *HWP* fördert deshalb ein breites Sportangebot in Schulen, Verbänden und Vereinen und setzt sich für eine gezielte Betreuung des Spitzensportes ein. Sport soll die Gesundheit fördern, sie nicht gefährden. Daher fordert die *HWP* strenge internationale Regelungen gegen Doping und deren konsequente Überwachung. Zur Fairness im Sport muss erzogen werden, die Anwendung von Gewalt bekämpft werden. In gleicher Weise ist die Sensibilität für eine naturschonende Sportausübung zu schärfen.

12. Lebensräume - Stadt und Land

Stadt und Land sind gewachsene Lebensräume, vermitteln Heimat, spiegeln die Geschichte Regionen wieder. Städtisches und ländliches Leben zusammen bestimmen die Lebenswirklichkeit.

Für die *HWP* ist Landesentwicklung Politik für den Menschen im städtischen und ländlichen Raum, wie dies der kulturellen Entwicklung unseres Landes entspricht. Die *HWP* betreibt eine Politik des Miteinander von Stadt und Land. Sie sorgt dafür, dass aus der Verschiedenheit kein Gegeneinander, sondern ein fruchtbares Miteinander erwächst.

Lebensqualität der Städte

Großstädte und Ballungsräume geraten in Gefahr, in nicht mehr steuerbare, unregierbare Größen zu wachsen. Die *HWP* lehnt unkontrollierte Verstädterung und Konzentration ab, damit eine gestaltende Politik für die Stadt möglich bleibt. Die Strukturen vieler Städte verändern sich: Zuwanderung von Ausländern einerseits, die Abwanderung junger Familien andererseits, verschärfte soziale Spannungen durch zunehmende Wohnungsnot, eine Pluralisierung der

Lebensstile bei gleichzeitiger weltweiter Angleichung der Lebensformen und ein Wandel der Standortanforderungen von Wirtschaft und Gewerbe bringen viele Städte an die Grenzen ihrer Fähigkeit zur Integration und Identitätsvermittlung und damit an die Grenzen ihrer politischen Regierbarkeit. Spürbare Tendenzen zur Verwahrlosung und eine wachsende Anonymisierung bis hin zum Verlust an kultureller Identität in Stadtbild und Stadtleben sind deutliche Zeichen dafür.

Die menschengerechte Stadt ist das Leitbild der Städte- und Wohnungsbaupolitik der *HWP*. Sie muss den Bürgern über das Angebot an Wohnungen und lebenswichtiger Infrastruktur hinaus Teilhabe am Gemeinwesen und dauerhafte Verbundenheit mit ihrer Heimat ermöglichen. Dies erfordert überschaubare Stadtstrukturen mit Räumen für Wohnen, Leben, Arbeit und Erholung. Die überzogene räumliche Trennung von Wohngebieten, Gewerbe- und Geschäftsvierteln sowie Erholungsanlagen hat teilweise zur Abdrängung der Wohnbevölkerung in Vororte und Umland, zur Verödung der Innenstädte und zu erheblichen Verkehrsproblemen geführt.

Die Städtebaupolitik muss zwar gegenseitig unverträgliche Lebensfelder trennen, aber im Interesse einer menschen- und umweltgerechten urbanen Entwicklung natürliche Lebensbedürfnisse möglichst kleinräumig verbinden. Dies gilt auch für die Sanierung und Wiederbelebung der Altstädte. Verkehr lässt sich vermeiden, wenn unsere Siedlungsstrukturen Wohnungen und

Arbeitsplätze möglichst nahe zueinander bringen. In der Regionalplanung sind verstärkt die Interessen von Stadt und Umland abzugleichen.

Durch die zunehmende Motorisierung droht den Innenstädten ein Verkehrskollaps. Deshalb ist der öffentliche Personennahverkehr verstärkt auszubauen. In den Städten gebührt ihm Vorrang vor dem Individualverkehr. Die Umstiegsmöglichkeiten zwischen privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln sind in den Verdichtungsräumen entscheidend zu verbessern. Es ist Aufgabe von Städten und Gemeinden, im Rahmen ihrer Planungshoheit dafür Sorge zu tragen, dass parallel zur Ausweisung neuer Gewerbe- und Industriegebiete auch ausreichend neuer Wohnraum geschaffen wird.

Das Unsicherheitsgefühl der Bürger in Städten ist spürbar und wächst. Dies zu beheben, kann allein mit staatlichen Mitteln nicht gelingen. Die Unkultur des Wegschauens muss überwunden werden. Jeder Stadtbürger muss dazu seinen Beitrag leisten, Unordnung und Verwahrlosung und den Verlust an Schutz und Freiheit in seiner Stadt abzuwehren.

Die *HWP* betrachtet es als eine politische Aufgabe, durch eine koordinierte Stadtplanung, durch Siedlungs- und Wohnungsbau ebenso wie durch eine stadtgerechte Sozial- und Sicherheitspolitik die Stadt als sicheren Ort der Zivilisation und Kultur, als Gemeinschaft freier Bürger zu erhalten und zu stärken. Mit einem neuen städtischen Zusammengehörigkeitsgefühl muss den Desintegrationstendenzen moderner Städte begegnet werden. Jeder Bürger muss auch in der Großstadt Schutz, Sicherheit und Fürsorge finden.

Ziel der *HWP* und wesentliches Element bürgerlicher Stadtpolitik ist der Erhalt oder die Wiedergewinnung dieser Schutzfunktion der Stadt, auf dass Stadtluft wieder frei macht zu gemeinsamer urbaner, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Kreativität und Prosperität.

Wohnraum für alle

Das Sozialstaatsprinzip stellt Bund, Ländern und Gemeinden die politische Aufgabe, im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft für ausreichend Wohnraum für alle Bürger zu sorgen. Die Wohnungsbaupolitik der *HWP* hat zum Ziel, Wohnungseigentum für möglichst viele und familien-gerechte Wohnungen für alle zu gewährleisten!

Die Ansprüche der Bürger an Wohnung und Wohnumfeld steigen. Die soziale Wohnungswirtschaft leistet für das Wohnen Hilfe zur Selbsthilfe. Solange Wohnungen fehlen, ist der soziale Wohnungsbau auf hohem Niveau weiter zu fördern und die Fehlbelegung von Sozialwohnungen abzubauen. Die *HWP* wird persönliche Förderung einkommensschwacher Mieter verstärken und die Wohnungseigentumsförderung gezielt verbessern. Die Mieterunterstützung hat Vorrang, wenn der Wohnungsmarkt ausgeglichen ist. Wo Wohnungsdefizite bestehen, ist der Bau von Sozialwohnungen zusätzlich zu fördern. Investitionen in eine Wohnungsbau-genossenschaft müssen steuerlich ebenso begünstigt werden, wie die Schaffung einer eigenge-nutzten Wohnung, um Versorgungsengpässe für Einkommensschwächere abzubauen. Soziale Schutzvorschriften müssen Mieter vor einer ungerechtfertigten Ausnutzung der Wohnungs-knappheit schützen, sie dürfen aber nicht die Investitionsbereitschaft in den Wohnungsbau erdrosseln.

Die *HWP* wird sich in den Städten und Gemeinden dafür einsetzen, dass durch verstärkte Bau-landausweisungen der Wohnungsmarkt wieder ins Gleichgewicht kommt. Natürlich haben dabei die Ausnutzung bereits bebauter Flächen und die Förderung verdichteter Bauweisen Vorrang. Aber die pauschale Diffamierung der Baulandausweisung als Landschaftsversiegelung ist eine Brückierung wohnungssuchender Bürger. Solange das Wohnungsdefizit anhält, müssen das Angebot an Bauland erheblich erhöht, das Horten baureifer Grundstücke unterbunden werden.

Diesem Ziel hat auch das Bodenrecht zu dienen. Es darf nicht dazu verleiten, baureife Grundstücke als totes Kapital zu horten, sondern muss dazu führen, Bauland wie ein mobiles Wirtschaftsgut zum Vorteil des Eigentümers und zum Nutzen aller, der Bebauung zuzuführen.

Die *HWP* wird alle bau- und steuerrechtlichen Instrumente auch auf kommunaler Ebene schaffen und ausschöpfen, um sozial verpflichtetes Eigentum an Bauland verfügbar zu machen, wo der Wohnungsmangel dies gebietet. Die *HWP* wird durch steuerrechtliche Förderungen den Mietwohnungsbau stärken und Investitionen in den Mietwohnungsbau lenken.

Lebensraum - Land

Der ländliche Raum prägt das Bild vieler Bundesländer entscheidend. Er ist Wohn-, Arbeits- und Lebensraum großer Teile der Bevölkerung. Der Zug zum Leben auf dem Land ist eine Folge des in den letzten Jahrzehnten erfolgreich vollzogenen Strukturwandels im ländlichen Raum. Neben bäuerlichen Betrieben bieten heute vor allem eine Vielzahl leistungsfähiger Unternehmen moderne Arbeitsplätze. Die Überschaubarkeit der Lebensverhältnisse, praktizierte Nachbarschaft und günstige Umweltbedingungen sind heute geschätzte Vorteile des ländlichen Raumes. Die Verfügbarkeit von wirtschaftlichen Standorten sowie kostengünstige Kommunikationstechniken und ihre dezentralen Einsatzmöglichkeiten eröffnen dem ländlichen Raum besondere Entwicklungsperspektiven. Er hat heute so gute Zukunftschancen wie noch nie in seiner Geschichte.

Die *HWP* fühlt sich dem ländlichen Raum verpflichtet und will ihn nachhaltig fördern. Der Ausbau der Verkehrswege, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine Vielzahl schulischer und kultureller Einrichtungen, Krankenhäuser sowie Freizeit- und Erholungsstätten haben die Versorgungsinfrastruktur maßgeblich verbessert und damit die Attraktivität des Lebens auf dem Lande entscheidend erhöht.

Ziel der *HWP* ist es, den ländlichen Raum als Heimat für seine Bevölkerung zu bewahren und sein unverwechselbares Gesicht zu erhalten. Es geht darum, seine eigene ständige Entwicklung überlegt zu gestalten. Das Land ist ein Lebensraum mit eigenem Wert und eigenständiger Entwicklung. Der ländliche Raum hat Anspruch auf gleichwertige Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten. Ziel unserer Politik ist es, die Lebensqualität im ganzen Land zu verbessern und gleich

zeitig die siedlungsstrukturelle und kulturelle Identität der verschiedenen Teilräume zu sichern und zu unterstützen.

Die *HWP* will die Selbstverantwortung der Menschen im ländlichen Raum stärken. Dazu gehört auch die organische Eigenentwicklung von Dörfern, Märkten und Städten. Dabei ist der Einsatz staatlicher Fördermittel stärker an die Ideen und Impulse, die aus der Region selbst kommen, zu binden.

13. Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft ist nach unserem Verständnis ein Grundpfeiler des ländlichen Raumes, ein tragender Baustein unserer Gesellschaft, dessen politische, soziale, ökologische und kulturelle Bedeutung seine wirtschaftliche Wertschöpfung weit übertrifft. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, auf den die *HWP* nicht verzichten wird. Deutschland ist neben Frankreich in der EU zum wichtigsten Agrarerzeugerland aufgestiegen.

Eine bäuerlich betriebene Landwirtschaft sichert am besten die Ernährung unserer Bevölkerung und versorgt sie mit hochwertigen Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen. Sie pflegt die heimische Kulturlandschaft und erhält unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Die *HWP* ist sich der Bedeutung bewusst, die eine leistungsfähige Landwirtschaft als Teil eines freien und selbständigen Mittelstandes für eine moderne Industriegesellschaft und deren Lebens- und Erholungsbedürfnisse besitzt. Die *HWP* tritt für eine zukunftsorientierte Land- und

Forstwirtschaft ein, die sich zusammen mit der gesamten Agrarwirtschaft im Wettbewerb des europäischen Binnenmarktes behaupten kann. Wettbewerbsverzerrungen sind abzubauen. Die *HWP* fördert mit Nachdruck die Entwicklung und Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen, die geeignet sind, die Vorräte an fossilen Brennstoffen zu schonen oder andere Rohstoffe zu ersetzen, um unsere Umwelt zu entlasten. Die nachwachsenden Rohstoffe sollen gefördert werden und zum Teil die fossilen Brennstoffe ersetzen. Der Energiewirt, als neuer Berufszweig der Landwirte soll gefördert werden.

Strukturwandel

In den letzten Jahrzehnten hat die Landwirtschaft in den westlichen Industrieländern ihre Produktivität dank biologischer, organisatorischer und mechanischtechnischer Fortschritte außerordentlich erhöht. Aus einer Unterversorgung mit Nahrungsmitteln zur Gründungszeit der EU entwickelte sich eine breit angelegte Überschussproduktion. Die Produktivität wird als Folge einer verantwortlichen Nutzung des technischen Fortschritts, unter anderem der Gentechnologie, weiter steigen. Die Produktivitätssteigerung ist mit ursächlich für den massiven Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland und den rasanten Strukturwandel in der Landwirtschaft.

Diese Entwicklung hat weit reichende Folgen für die Stellung der Landwirtschaft in der modernen Industriegesellschaft.

Der Strukturwandel wird weitergehen. Mehr Menschen auf dem Land müssen ihr Einkommen oder einen Teil ihres Einkommens in neuen Tätigkeitsfeldern innerhalb oder außerhalb der Landwirtschaft suchen. Auch die landwirtschaftliche Produktion wird sich noch stärker differenzieren. Die Bedeutung der Produktqualität wird weiter zunehmen. Dazu gehört auch eine tier- und umweltgerechte Produktion, einschließlich des ökologischen Landbaus. Der Binnenmarkt verstärkt den europäischen Wettbewerb sowie die Konzentrations- und Spezialisierungstendenzen. Regionen und Produzenten, die sich darauf einstellen, bieten sich große Chancen.

Umweltverträgliche Landwirtschaft

Die ökologische und landeskulturelle Funktion der Landwirtschaft gewinnt erheblich an Gewicht. Die Erhaltung der Kulturlandschaft und die Pflege der natürlichen Lebensgrundlagen sind nicht nur ein Nebenprodukt der Nahrungsmittelerzeugung, sondern gehören zu den originären Wohlfahrtsleistungen der Landwirtschaft, die von der Gesellschaft honoriert werden müssen.

Der verantwortliche Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen ist Grundlage der Agrarpolitik der *HWP*. Die Landwirtschaft muss Regeln umweltschonender Landbewirtschaftung beachten. Sie müssen EU-weit gelten und eingehalten werden. Die Einhaltung dieser Rahmenbedingungen erlaubt eine moderne ökonomische Landwirtschaft, die den verantwortlichen Einsatz von Technik und Chemie mit einschließt.

Ökonomische Forstwirtschaft

Wälder haben gleichermaßen eine Nutz- wie eine Schutz-, Erholungs- und ökologische Funktion. Sie sind Lebens- und Rückzugsraum für eine Vielzahl heimischer Tier- und Pflanzenarten. Forstwirtschaft ist Umweltökonomie.

Holz ist der wichtigste einheimische nachwachsende Rohstoff. Seine Erzeugung und Gewinnung in naturnah aufgebauten Wäldern ist nicht nur ein wichtiger Beitrag zum Natur- und Umweltschutz, sondern sichert vielen forstlichen Betrieben Einkommen und Beschäftigung. Staatliche Hilfen sollen in erster Linie der Walderhaltung und seiner mannigfachen naturnahen Gestaltung dienen. In seiner Gesamtheit kann der Wald auf Dauer nur erhalten werden, wenn er

seinen Besitzern auch Ertrag verspricht. Die *HWP* will eine Forstpolitik, die im Rahmen einer ökonomischen Forstwirtschaft die vielfältigen Funktionen der Wälder erhält.

Agrarpolitik

Die *HWP* wird sich für die gewachsene Vielfalt und Gleichberechtigung unterschiedlicher Betriebsgrößen und Betriebsformen einsetzen. Die bäuerliche Familie muss nach Auffassung der *HWP* selbständig und frei über die Zukunft ihres Hofes bestimmen können. Das Mit- und Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, der Selbsthilfegedanke sowie Partnerschaft und die überbetriebliche Zusammenarbeit kennzeichnen den Weg in der Agrarpolitik. Die Strukturpolitik der *HWP* will im ländlichen Raum durch Industrie und Gewerbeansiedlung zusätzliche Einkommenschancen geschaffen und so die Landwirtschaft in Zu- und Nebenerwerb in breitem Umfang ermöglichen.

Die Agrarpolitik der *HWP* hat zum Ziel, den technischen Fortschritt für die Landwirtschaft zu nutzen, Produktionskosten zu senken, marktgerechte Qualitätserzeugung zu fördern und gleichzeitig mit umweltschonenden Produktionsverfahren Belastungen der Umwelt zu mindern.

Die *HWP* tritt für ein agrarpolitisches Leitbild ein, das vorrangig an die Funktionen der Landwirtschaft anknüpft. Nach wie vor ist der bäuerliche Familienbetrieb wegen seiner Flexibilität und seiner wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Funktionen in der Landwirtschaft leistungsfähig und anderen Organisationsformen vielfach überlegen. Für die Agrarpolitik der *HWP* bildet eine Landwirtschaft das Leitbild, die

- unter wirtschaftlichen Bedingungen Nahrungsmittel und Rohstoffe umweltgerecht erzeugt,
- weitere Marktleistungen in den Bereichen Verarbeitung und Vermarktung, Freizeit und Erholung erbringt,
- die Umwelt und die Landschaft erhält, pflegt und weiterentwickelt,
- den in ihr beschäftigten Menschen soziale Sicherheit und die Chance einer Teilnahme an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung bietet und
- einen Beitrag zur Erhaltung der Lebensfähigkeit ländlicher Räume und zur Bewahrung des kulturellen Erbes leistet.

14. Umweltschutz

Umweltbelastungen mit teilweise gravierenden Folgen wie der Versteppung ganzer Regionen und massiven Gesamtschäden hat es auch in der Vergangenheit gegeben. Neu ist jedoch die rasche und weltweite Entwicklung. Die Technik gibt uns die Möglichkeit zu tief greifenden Veränderungen in kurzer Zeit. Die Umweltbelastungen wachsen in den Industrieländern und in den armen Ländern. Von besonderer Bedeutung ist dabei das rasche Wachstum der Weltbevölkerung.

Die Kombination von Umfang und Geschwindigkeit der Veränderungen und Belastungen hat den Umweltschutz zu herausragender Bedeutung geführt, ihn zu einer Überlebensfrage der Menschheit werden lassen. Die neue Dimension der Wirkungsmöglichkeiten begründet auch eine neue Dimension der Verantwortung. Zu einem Lebensstil im Einklang mit der Natur bedarf es eines Bewusstseinswandels und der Bereitschaft jedes einzelnen, sein eigenes Verhalten ökologisch zu orientieren. Dies ist Voraussetzung, um die weiter notwendigen Veränderungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik herbeizuführen.

Die Verantwortung für die Schöpfung erfordert konsequentes politisches Handeln: Die *HWP* sieht den Menschen als Teil der Schöpfung berufen, diese zu nutzen und zu gestalten, aber auch zu bewahren und zu erhalten. Der Wert eines Geschöpfes misst sich nicht an seinem Nutzen für den Menschen. Alles Lebendige hat im Rahmen der Schöpfungsordnung seinen eigenen Wert.

Die Freiheit des Menschen zur Nutzung dieser Erde ist gebunden an die Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung. Je mehr der Mensch es versteht, sich die Natur nutzbar zu machen,

desto bessere Chancen eröffnen sich ihm, über die nackte Existenzsicherung hinaus ein Leben in Würde führen zu können. Aus der Beschleunigung technischer Veränderungen entstehen aber auch neue Umweltgefahren.

Die Nutzung der Natur darf jedoch ihre Regenerationskraft nicht gefährden. Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen auch für die kommenden Generationen erhalten bleiben. Aus der Fähigkeit des Menschen, die Natur zu zerstören, erwächst seine Pflicht zum Maßhalten, zur Selbstdisziplin und zur Selbstbeschränkung. Umwelt und Natur sind gemeinsames Gut aller Menschen und Generationen. Im Verteilungskonflikt um die Güter dieser Welt wie Luft, Wasser und Boden ist die Umweltpolitik Anwalt der kommenden Generationen. Die *HWP* versteht die Erde als eine Schicksalsgemeinschaft, die Solidarität mit den nachfolgenden Generationen, aber auch mit der Dritten Welt verlangt. Die Menschheit braucht eine weltumspannende Umweltpartnerschaft.

Die Natur ist ein komplexes Gefüge. Ihr Schutz erfordert Denken und Handeln in natürlichen Systemzusammenhängen, das Wechselwirkungen und Spätfolgen menschlichen Handelns bedenkt.

Nur so lässt sich die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts insgesamt sichern. Deshalb tritt die *HWP* in allen Politikbereichen für einen schonenden, sparsamen Umgang mit Naturgütern und Naturhaushalt ein.

Die *HWP* räumt dem Umweltschutz immer dann und dort Vorrang gegenüber anderen politischen Zielen ein, wenn zu befürchten ist, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft geschädigt werden. *Deshalb ist Vorsorge und Vermeidung von Schäden erstes umweltpolitisches Gebot.*

Die Umweltpolitik ist ständig auf ihre Prioritäten, ihre Instrumente sowie die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel und deren Effizienz zu überprüfen. Die Ethik der sozialen Marktwirtschaft gebietet deshalb auch einen verantwortungsbewussten und sparsamen Umgang mit den Gütern von Natur und Umwelt. Knappe Umweltgüter müssen verantwortungsbewusst im System der Wirtschaftsordnung gewichtet und berücksichtigt werden.

Der Staat trägt ordnungspolitische Verantwortung für unsere Umwelt. Wirksame Gebote und Verbote setzen die Rahmenbedingungen für Umweltschutz: Innerhalb des rechtlichen Rahmens vertraut die *HWP* in ihrer Umweltpolitik auf den Vorrang von Selbstverantwortung und Selbstverwaltung, auf Hilfe zur Selbsthilfe, auf Kooperation von Staat und Wirtschaft und auf die Selbststeuerung des Marktes. Die *HWP* wird das Verursacherprinzip, das ein bewährtes marktwirtschaftliches Lenkungsinstrument ist, verstärkt durchsetzen. Umweltschutzkosten sind vom Verursacher zu tragen; ihre Verlagerung auf die Allgemeinheit ist nur in besonders begründeten Fällen gerechtfertigt.

Die *HWP* tritt für umweltverträgliches Wirtschaften ein, das alle am Wirtschaftsleben Beteiligten vom Produzenten über den Händler zum Verbraucher in die Verantwortung nimmt. Wirtschaftliche und soziale Folgekosten von Umweltschäden müssen transparent und zurechenbar gemacht werden und in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eingehen. Umweltschutz geht alle an und fordert deshalb alle. Die *HWP* tritt für eine Umweltethik ein, die Wohlstandsegoismus und Zivilisationsbequemlichkeit überwindet, wo dies zur Erhaltung unserer Natur und Umwelt notwendig ist.

Wirtschaft – Technik - Umweltschutz

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt muss den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt gleichermaßen gerecht werden. Die *HWP* begegnet der Technik mit Offenheit, stellt den Fortschritt in den Dienst von Mensch und Umwelt. Fortschritt ist für die *HWP* kein Wert an sich, sondern Mittel zur Erleichterung und Vervollkommnung eines menschlichen Lebens in Würde und Freiheit.

Wissenschaftlich-technischer Fortschritt erlaubt uns einen wirtschaftlichen und sozialen Lebensstandard wie keiner Generation vor uns auch nur annähernd. Technischer Fortschritt muss aber in seinen Folgen, auch in seinen Gefährdungspotentialen, abschätzbar und beherrschbar bleiben.

Für die *HWP* gilt deshalb: Nicht alles, was technisch machbar ist, ist ethisch erlaubt. Auch um des Umweltschutzes willen kann auf technischen Fortschritt gerade in einem dicht besiedelten Land nicht verzichtet werden. Die Umweltverträglichkeit von Technik hängt auch von ihrem Entwicklungsstand ab. Die *HWP* befürwortet deshalb aus ökologischer Sicht nicht weniger, sondern verbesserte und verfeinerte Technik.

Wachsender Wohlstand ging bisher mit gleichzeitig wachsenden Umweltbelastungen einher. Nur bei einer wirksamen Entkoppelung wirtschaftlicher Aktivitäten von umweltpolitischen Belastungen sind Wohlstand und gesunde Umwelt auf Dauer miteinander vereinbar.

Die *HWP* will im Rahmen dieser Entkoppelungsstrategie vor allem erreichen: Mentalität und Methoden der Wegwerfgesellschaft müssen überwunden werden. Luftreinhaltung, Wasser- und Bodenschutz müssen Priorität erhalten. Diese unverzichtbaren Lebens Elemente sind von Giften und gesundheitsschädlichen Substanzen freizuhalten. Umweltbelastende sind durch umweltfreundliche Techniken zu ersetzen. Produktionszuwächse müssen mit weniger Verbrauch an Energie und Rohstoffen und relativ abnehmenden Umweltbelastungen erzielt werden. Alle Möglichkeiten der Mehrfachnutzung von Rohstoffen und Energie sind auszuschöpfen, um von der traditionellen Durchlaufwirtschaft mehr zur Kreislaufwirtschaft nach natürlichem Vorbild zu kommen. Die Umweltfreundlichkeit der Produkte von der Rohstoffgewinnung bis zur Verwertung muss im Zusammenhang gesehen werden. Der wachsende Abfallberg ist eine zentrale umweltpolitische Herausforderung der Industriegesellschaft. Sie hat nur eine Zukunft, wenn es gelingt, Formen von Produktion und Konsum zu entwickeln, die nicht mit einer steigenden Abfallflut

erkaufte werden. Die Verantwortung für die Verminderung des Abfallvolumens und des Schadstoffpotentials liegt bei Produzenten und Verbrauchern. Die *HWP* will Rahmenbedingungen schaffen, die das Eigeninteresse von Wirtschaft und Verbrauchern in der Abfallvermeidung stärken. Die *HWP* fördert ein wirtschaftliches und unternehmerisches Denken, das bereits bei der Entwicklung eines Produkts seine Verwertbarkeit nach Gebrauch klärt. Die *HWP* hält thermische Abfallbehandlung für einen unverzichtbaren nachrangigen Teil in einem System der differenzierten Abfallentsorgung. Die *HWP* unterstützt dabei die technischen Möglichkeiten, die eine möglichst hohe Energieausbeute und eine Minimierung der Schädlichkeit der Reststoffe gewährleisten.

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes setzt große wirtschaftliche Initiativen und Kräfte frei. Die *HWP* wird auch auf der europäischen Ebene dafür kämpfen, dass die gesamteuropäische Wirtschaft in umweltverträgliche Bahnen gelenkt und Europa zu einer Umweltgemeinschaft weiterentwickelt wird. Dazu müssen produktbezogene Umweltnormen durch die EU auf hohem Niveau harmonisiert werden. Bei unvermeidlichen Interessenkollisionen hat nach Auffassung der *HWP* im Einzelfall auch der freie Warenverkehr im Binnenmarkt zugunsten des Umweltschutzes zurückzutreten.

Globale Verantwortung

Die Erdatmosphäre ist durch Treibhauseffekt und Ozonabbau in der Stratosphäre bedroht. Diese globale umweltpolitische Herausforderung erfordert weltweites koordiniertes solidarisches Handeln. Die Begrenztheit der Ressourcen zwingt zu sparsamer und verantwortungsbewusster Nutzung der uns verfügbaren Energien. Die Versorgung mit ausreichender Energie angesichts einer explosionsartig wachsenden Weltbevölkerung erfordert gewaltige Anstrengungen, dazu

gehören auch die Erschließung neuer und regenerativer Energiequellen sowie Sparsamkeit und Verantwortungsbewusstsein jedes einzelnen bei allen Formen der Energieverwendung.

Für die *HWP* gilt deshalb: Wir wollen die heute gesicherten Grundlagen unserer Energieversorgung erhalten, ihre Umweltbeeinträchtigungen minimieren und streben eine am Naturkreislauf orientierte Energieversorgung an.

Die *HWP* wird alle Möglichkeiten zur Energieeinsparung nutzen. Alle technisch sinnvollen Anstrengungen zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen und nachwachsender Rohstoffe zu volkswirtschaftlich bezahlbaren Preisen müssen weiterhin nachhaltig gefördert werden.

Die Kernenergie bleibt für absehbare Zeit ein unentbehrlicher Energieträger. Die bei der Verbrennung begrenzter fossiler Brennstoffe entstehenden Emissionen sind gefährlicher als die weitere Nutzung der Kernkraft mit unseren Sicherheitsstandards. Auf Kernenergie kann solange nicht verzichtet werden, bis Energieversorgungssysteme zur Verfügung stehen, die ein möglichst noch höheres Maß an Sicherheit und Umweltverträglichkeit gewährleisten. Dabei ist gegenüber jeder Technologie derselbe kritische Maßstab anzulegen.

Natur schützen

Die heimische Tier- und Pflanzenwelt benötigt zur Erhaltung der biologischen Leistungsfähigkeit des gesamten Naturhaushaltes ökologische Zellen als Lebensgrundlage. Der Aufbau eines Biotopverbundsystems ist notwendig zur Erhaltung der biologischen Leistungsfähigkeit des gesamten Naturhaushaltes. Mögliche Konflikte zwischen Naturschutz und Erholung, Umwelt und Land- und Forstwirtschaft sind in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zu lösen. Die Wechselwirkungen von Umwelt und Gesundheit werden immer mehr erkennbar. Die *HWP* wird in Forschung und Anwendung den noch ungeklärten Wechselwirkungen von Umwelt und Gesundheit ein besonderes Augenmerk schenken. Damit wächst dem Umweltschutz auch die Aufgabe vorbeugender Gesundheitspolitik zu. Im Mittelpunkt des gesundheitlichen Umweltschutzes steht

der Kampf gegen die Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung und gegen eine schleichende Überlastung unserer Umwelt durch eine Vielzahl zusätzlicher chemischer Substanzen.

15. Kultur und Medien

Die Freiheit der Kunst und die Freiheit der Meinung haben Verfassungsrang. Aufgabe des Staates ist es, den Bürgern die Teilhabe an den kulturellen Leistungen zu eröffnen. Gerade die deutsche Kunst und Kultur haben ihre Kraft und Lebendigkeit, ihre Größe, Qualität und Schönheit aus der schöpferischen Freiheit als Folge der regionalen Vielfalt unseres Vaterlandes gewonnen. Auf kultureller Vielfalt baut die europäische Zusammenarbeit und Integration auf. Deshalb hält die *HWP* fest an den Grundsätzen der Regionalisierung und Dezentralisierung in der Kulturpolitik. Sie fördert kulturelle Einrichtungen in allen Landesteilen.

Die *HWP* steht für den verfassungsrechtlich gesicherten Freiraum künstlerischer Betätigung ein. Die großen Leistungen in der Kunst erwachsen aus der Freiheit und Risikobereitschaft des Künstlers. Staatliche Förderung unterstützt die Vielfalt und die Kreativität in der Kunst. Der Staat kann aber nicht das Risiko der künstlerischen Berufswahl absichern. Dieser Freiraum muss auch in der Kunst selbst gewährleistet sein. Die Vielfalt der künstlerischen Ausdrucksformen lässt keinen Platz für Monopole der Meinung oder des ästhetischen Empfindens. Sie hat ihre Grenzen dort, wo die Würde des Menschen auf dem Spiel steht. Die *HWP* bejaht den ständigen kritischen Dialog zwischen Politik und Kunst, zwischen Publikum und Künstlern.

Die Kultur lebt vom Einsatz und von der Begeisterung, die in der Bereitschaft zur vielfältigen, auch ehrenamtlichen Betätigung zum Ausdruck kommt. Privates Mäzenatentum muss durch steuerliche Anreize verstärkt gefördert werden. Künstlerische Begabungen in Schulen und Vereinen sind zu wecken und zu pflegen. Dort muss auch Platz sein für die Weitergabe des kulturellen Erbes und für die Förderung von Brauchtum, Heimatpflege und Volksmusik.

Die Information ist für die *HWP* ein Grundpfeiler der Demokratie und ihrer offenen, pluralen Gesellschaft. Die Medien haben die Aufgabe, ein breites Angebot an Information, Bildung und Unterhaltung zu gewährleisten. Die rasante und noch keineswegs beendete Entwicklung in der Kommunikationstechnik hat dazu geführt, dass der Informationsstand der Bürger und die öffentliche Meinung weitgehend von den Medien bestimmt werden. Eine ausgewogene und objektive Berichterstattung hat zu gewährleisten, dass die Meinungen einzelner Gruppen nicht unterdrückt werden.

Die *HWP* befürwortet den Wettbewerb zwischen öffentlich rechtlichen und privaten Anbietern in Hörfunk und Fernsehen. Die Vielfalt der Programme und ein effektiver Wettbewerb begrenzen die Gefahr der Bevormundung oder Manipulation. Den öffentlichrechtlichen Anstalten kommt besondere Verantwortung zu. Auch kommerzielle Anbieter müssen objektive Information gewährleisten.

In den Programmen müssen wichtige Rechtsgüter wie die verfassungsmäßige Ordnung, die Würde des Menschen, Ehe und Familie sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen geschützt werden. Gefährdet sind vor allem Kinder und Jugendliche. Ihnen müssen menschliche Leitbilder vorgestellt werden. Die Mitglieder der Aufsichtsgremien sind aufgefordert, ihrer Aufsichtspflicht nach der Verfassung gerecht zu werden.

Der Auftrag des Journalisten ist an die Grundwerte der Verfassung gebunden. Im Rahmen der Meinungs- und Pressefreiheit muss die Selbstverpflichtung auf Wahrheit und die Wahrung der Menschenwürde verstärkt beachtet werden. Die Persönlichkeitsrechte des einzelnen sind vor Missbrauch und Verletzung zu schützen.

Die Medienpolitik der *HWP* orientiert sich am Leitbild des freien und mündigen Bürgers, der die wachsenden Angebote aller Medien sinnvoll zu nutzen und kritisch zu verarbeiten versteht. Die *HWP* unterstreicht deshalb die besondere Bedeutung der Medienerziehung in Schule und Erwachsenenbildung. Sie wird ihre Anstrengungen für einen besseren und erweiterten Jugendschutz verstärken. Der Medienkonsum in unserer Gesellschaft steigt. Damit wächst auch die Verantwortung von Programmanbietern, Verlegern und Journalisten. Brutale, Gewalt verherrlichende und pornographische, jugendgefährdende Darstellungen sind kein Ausweis von Freiheit, sondern Ausdruck von Verantwortungslosigkeit. Insgesamt ist mehr als bisher an die Verantwortung des mündigen Bürgers in Gesellschaft und Politik zu appellieren.

Die *HWP* unterstützt die Erhaltung einer großen Vielfalt in der Zeitungslandschaft. Wie bei Hörfunk und Fernsehen gilt auch bei den Zeitungen eine größtmögliche Verantwortung der Verleger und Eigentümer. Die Vielfalt der Angebote auf dem Zeitungsmarkt ist regional häufig nicht mehr gewährleistet. Umso mehr Verantwortung im Hinblick auf redaktionelle Selbstständigkeit und interne Meinungsvielfalt kommt den einzelnen Presseorganen zu.

Für die *HWP* ist eine in allen Landesteilen gleichwertige Versorgung der Bevölkerung mit Literatur und bibliotheksgeeigneten Medien durch ein vielfältiges Büchereiwesen in öffentlicher wie freier Trägerschaft von großer Bedeutung. Das Buch muss Kulturträger und Vermittler von fundiertem Sachwissen bleiben.

16. Freiheit - Demokratie

Freiheit ist ein angeborenes Menschenrecht. Sie hat ihre Grenze in der Freiheit aller Mitbürger. Freiheit erfordert Verantwortung für die eigene Person und für die Mitmenschen. Verantwortete Freiheit ist nur denkbar in einer pluralen Gesellschaft, gegründet auf eine sittlich verankerte Rechtsordnung.

Die Demokratie ermöglicht den friedlichen und freien Wandel und Fortschritt in einer pluralen Gesellschaft. Deshalb sind Freiheit und Demokratie Mittelpunkt einer Politik, die dem Wohle aller dient. *In unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung sieht die HWP das Gemeinwohl als oberstes Ziel ihrer Politik.*

Der Staat kann den inneren und sozialen Frieden nur gewährleisten, wenn er nicht nur die Freiheit des einzelnen sichert, sondern auch den demokratischen Mehrheitswillen durchsetzt und dabei die Rechte von Minderheiten schützt. Repräsentative Demokratie, parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung und Bindung der Verwaltung an Gesetze sind dafür unverzichtbare Instrumente.

Gewalt und Radikalismus

Der moderne Staat ist nicht zuletzt als Instrument gegen Gewalt in der Gesellschaft und zur innerstaatlichen Friedenssicherung geschaffen und fortentwickelt worden. Dazu bedarf er des Gewaltmonopols. Niemand anderer als der Staat soll mit der Zustimmung seiner Bürger und zu keinem anderen Zweck als zum Schutze seiner Bürger Gewalt gegen Rechtsbrecher und Friedensstörer anwenden. Gewalt muss immer legitimiert, begrenzt und rechtlich gebunden sein. Dadurch unterscheidet sie sich von der Willkür privater, extremistischer und terroristischer Gewalt, die andere einschüchtern und ihre Ziele mit allen Mitteln durchsetzen will. Das Gewaltmonopol der Demokratie ist defensiv. Es dient der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Weil nur der demokratische Rechtsstaat den inneren Frieden und die Freiheit seiner Bürger schützen kann, bekämpft die *HWP* konsequent alle Versuche, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu unterhöhlen. *Nur eine wertbestimmte und wehrhafte Demokratie wird nicht zum Opfer ihrer eigenen Freiheit.*

Parteiendemokratie

Parteien sind politische Mittler zwischen Staat und Gesellschaft. Ihre Politik setzt den politischen Willen der Bürger in staatliches Handeln um. Dazu bedürfen sie beständigen Vertrauens und hoher Kompetenz. Vertrauen und Kompetenz der Parteien unterliegen kritischer Prüfung durch den Bürger. Die Parteien und ihre Mandatsträger müssen sich dieser Prüfung stellen. Die Parteien haben die Aufgabe, mit der ihnen durch Wahl anvertrauten Macht Staat und Gesellschaft nach ihren programmatischen Wertvorstellungen zu gestalten. Parteien und Politiker haben dabei Recht und politischen Stil zu achten.

Die Parteien - und mit ihnen auch der demokratische Staat - leben vom unentbehrlichen ehrenamtlichen Engagement vieler Bürger. Ihr Engagement für die Demokratie nützt allen. Parteiarbeit ist aktive Mitarbeit in der Demokratie. Sie erfordert aber Bindungsfähigkeit, Engagement und Kompromissbereitschaft in verlässlichen Organisationen und Strukturen. Parteiorganisation bleibt deshalb unverzichtbar: Sie kann sich nicht auflösen, aber sie muss offen sein.

Parteiarbeit muss ein offenes Forum bieten für Gespräche auch mit Personen und Gruppen, die der Partei mit kritischer Sympathie, distanziert oder kontrovers entgegentreten. Die *HWP* will durch projekt- und themenorientierte Parteiarbeit Bürger, die nicht Mitglied werden wollen, verstärkt informieren und in die Meinungsbildung einbinden. Eine verstärkte Öffnung der Partei soll auch die Chancen für Wechsel und Austausch von Führungspersonal zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft verbessern.

Die demokratische Mitwirkung ist innerparteilich zu stärken. Die *HWP* will die Nominierung von Direktkandidaten bei allen Wahlen in Bund und Ländern auf eine breitere Basis stellen. Wir erwarten uns davon ein erhöhtes Engagement und offenere Meinungsbildung in der Partei. Die *HWP* tritt für eine Modifizierung des Bundestagswahlrechts ein. Die Wähler sollen ihre Zweitstimme einem Kandidaten ihres Vertrauens auf der Landesliste geben können. Damit soll der Einfluss des Bürgers auf die personelle Zusammensetzung des Bundestages verstärkt werden.

Zugleich unterstützt die *HWP* ein persönlichkeitsbezogenes Europa-Wahlrecht. Wie bei der Bundestagswahl ist ein Teil der Mitglieder des europäischen Parlaments in Wahlkreisen direkt zu wählen. Das ermöglicht bessere Kontakt- und Ansprechmöglichkeiten der Abgeordneten und baut die Anonymität Europas ab.

Wachsende Offenheit der Partei, ständig bewiesene Sensibilität für gesellschaftliche Entwicklungen und kompetente Führungsfähigkeit sehen wir als Chance, neues Vertrauen und neues Personal für politische Ämter und neue Zustimmung zur Parteiendemokratie zu erschließen.

Die *HWP* appelliert deshalb an alle Bürger, sich den politischen Aufgaben in der Gemeinde, im Land und im Bund nicht zu entziehen. Demokratie geht alle an und bedarf des Engagements vieler.

Föderalismus

Föderalismus ist ein gewaltenteilendes, identitätsstiftendes staatliches Ordnungselement in Deutschland. Föderalismus teilt die Macht im Lande, sichert die Vielfalt demokratischer Meinungsbildung. Föderalismus ermöglicht eine demokratische Ordnung der Lebensverhältnisse, bewahrt die kulturelle und geistige Vielfalt in Deutschland und verhindert Provinzialisierung und Zentralismus. Lebendiger Föderalismus setzt leistungsfähige Länder voraus.

Die *HWP* wird die Eigenstaatlichkeit der Länder bewahren. Sie will ihren eigenständigen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum erhalten und ihnen alle Aufgaben übertragen, die sie selbst bewältigen können.

17. Staat und Bürger

Für die *HWP* ist die Wiedergewinnung der nationalen Einheit und gleichwertiger Lebensverhältnisse für alle Deutschen die überragende politische Aufgabe. Innerer und sozialer Friede in ganz Deutschland erfordert die Solidarität und Teilungsbereitschaft aller.

Unser Staat ist die Rechts- und Friedensordnung einer Gesellschaft freier verantwortlicher Bürger. Menschenrechte und Grundrechte sind in ihrem Wesensgehalt politisch und rechtlich unantastbare Grundlagen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland haben im historischen und internationalen Vergleich ein Höchstmaß bürgerlicher Rechte und Freiheiten. Dies wird die *HWP* auch in Zukunft bewahren.

Rechtsstaat

Ziel der Rechtspolitik der *HWP* ist die Bewahrung und Stärkung des demokratischen Rechtsstaats. Das Rechtsbewusstsein der Bürger sowie der Konsens und die Akzeptanz über die Grundwerte unseres Staates und Akzeptanz des Rechts sind seine Grundlagen. Deshalb betrachtet es die *HWP* als Aufgabe der Rechtspolitik, die Bürger vom Wert und von der Unverbrüchlichkeit des Rechts zu überzeugen. Rechtsstaatlichkeit ist nur möglich, wenn jeder die Freiheit und die Rechte seiner Mitmenschen und die Gemeinschaftsbezogenheit des Rechts anerkennt und achtet. Das Recht gewährleistet nicht nur Gestaltungsspielraum für den Bürger, es muss ihn notwendigerweise auch begrenzen.

Die rechtsstaatlichen Verfahrensordnungen müssen der Gerechtigkeit und dem Rechtsfrieden dienen. Sie sind dazu da, Entscheidungen herbeizuführen, nicht zu verhindern. Wo Verfahrensregelungen zum formalen Selbstzweck werden, nicht dem Ziel einer gerechten Entscheidung dienen, sondern zur rücksichtslosen Durchsetzung von Individualinteressen missbraucht werden, leidet das Rechtsbewusstsein der Bürger und ihr Vertrauen in Politik und Staat. Der Rechtsstaat muss handlungsfähig bleiben. Nur schnelles Recht ist auch gutes Recht.

Die HWP hält deshalb eine Vereinfachung der Prozessordnungen, einen möglichst weitgehenden Ersatz von Kollegialgerichten durch Einzelrichter und eine Beschränkung der Rechtsmittelinstanzen für notwendig. Im Interesse des Rechtsfriedens und der Effizienz des Verwaltungshandelns müssen die Heilbarkeit von Verfahrensfehlern und Ausschlussfristen für Einwendungen erweitert werden. Die Beteiligung von Bürgern im Verwaltungsverfahren ist auf rechtlich Betroffene zu beschränken.

Eigenvorsorge

Freiheit ist mehr als der Schutz vor staatlicher Willkür. Freiheit begründet auch Verantwortung. Rechte begründen auch Pflichten. Deshalb braucht ein freiheitlicher Rechtsstaat verantwortungsbewusste und verantwortungsbereite Bürger. Die HWP fordert und fördert im weitest möglichen Umfang Bürgersinn und Bürgerverantwortung. Dabei ist ehrenamtliche Arbeit besonders zu würdigen. Welche Lebensaufgaben nur der Staat zu bewältigen vermag und welche in Eigenvorsorge bewältigt werden können, ist immer wieder zu prüfen. Die HWP tritt für größtmögliche Freiheit und Verantwortung des Bürgers ein. Einzelinteressen und Gemeinwohl stehen in einem Spannungsverhältnis. *Das Gemeinwohl ist mehr als die Summe organisierter Interessen.*

Zum Schutze der Schwachen und Nichtorganisierten hat der Staat die Pflicht, das Gemeinwohl gegen lokale oder berufsständische Interessen durchzusetzen. Die HWP wird deshalb auch Freiheit und Gemeinwohl gegen mächtige und gut organisierte Interessenverbände durchsetzen.

Abbau von Staatsaufgaben

Seit Gründung der Bundesrepublik wurden die Staatsaufgaben ständig vermehrt. Die Anwendung technischer Produkte und Verfahren wurde zunehmend reglementiert und kontrolliert. In Deutschland hat sich eine Absicherungsmentalität entwickelt, die durch Überreglementierung die Dynamik der Wirtschaft, die Innovationsfähigkeit der Gesellschaft und die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit des Staates bis zu seiner Selbstlähmung beeinträchtigt. Überzogenes Sicherheitsdenken erfordert letztlich mehr Gesetze und Bürokratie.

Die gezielte politische Entwertung von Grundtugenden des menschlichen Zusammenlebens seit den sechziger Jahren hat verbunden mit der wachsenden Anonymisierung des Lebens zu gesellschaftlichen Defiziten geführt, die durch eine Ausweitung der staatlichen Aufgaben kompensiert werden mussten. Zu wenig Gesetzestreue erfordert mehr Polizei, Staatsanwälte und Richter. Zu wenig Erziehung erfordert mehr Kinder- und Jugendhilfen. Zu wenig Leistungsbereitschaft erfordert mehr Arbeits- und Sozialverwaltung. Die HWP will eine Revitalisierung der Gesellschaft.

Nur größtmögliche Leistungsbereitschaft des einzelnen und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft sichern Wohlstand und Sicherheit. Die HWP wird die Staatsaufgaben auf das Nötigste begrenzen und der Initiative und Leistungsfähigkeit des Bürgers größtmöglichen Raum sichern. Das ist ein Gebot der Freiheit.

Europäischer Wettbewerb

Je mehr Europa zu einer politischen Union zusammenwächst, umso mehr stehen auch die Staats- und Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten in einem Wettbewerb. Dies gilt auch für die öffentliche Verwaltung und die Verwaltungsverfahren. Die zunehmende Verdichtung unserer Rechtsordnung erschwert auch die Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten der Wirtschaft auf Veränderungen des Weltmarktes. Nur die bestmöglichen Rahmenbedingungen für eine innovative Wirtschaft garantieren Wohlstand und Fortschritt. Während sich die Innovationszyklen

industrieller Produkte zunehmend verkürzen, verlängern sich die zu ihrer Herstellung zum Teil notwendigen administrativen Prüfungs- und Genehmigungsverfahren. Die *HWP* wird den Wettbewerb um die beste Rechtsordnung für Deutschland in Europa annehmen. Die *HWP* will das Netz gesetzlicher und administrativer Normen entflechten, ohne berechnete Schutzbedürfnisse der Bürger zu vernachlässigen. Die *HWP* ist entschlossen, den Wirtschafts- und Sozialraum Europa um eine europäische Innen- und Rechtspolitik zu erweitern, soweit dies nach dem Grundsatz der Subsidiarität für ein Mindestmaß einheitlicher Lebens- und Rechtsverhältnisse in Europa notwendig ist.

Leistungsfähiger öffentlicher Dienst

Der demokratische Rechtsstaat braucht einen leistungsfähigen und bürgernahen öffentlichen Dienst, dessen Mitarbeiter ihm loyal dienen. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist das Rückgrat einer Wirtschaftsordnung, des Rechts- und Sozialstaates. Das setzt qualifizierte und leistungsgerecht vergütete Mitarbeiter und optimale Organisationsstrukturen voraus. Die Beschleunigung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels stellt die Verwaltung vor immer neue Aufgaben. Organisation und Personalausstattung müssen diesem Wandel angepasst werden. Die *HWP* will dazu das Dienstrecht flexibler und leistungsgerechter gestalten. Hoheitliche Aufgaben sind Beamten vorzubehalten, damit der Staat in innenpolitischen Auseinandersetzungen handlungsfähig bleibt.

Innere Sicherheit

Bürgerrechte und Bürgerfreiheiten werden heute nicht wie in der Vergangenheit durch Obrigkeitsstaat und Diktatur, sondern durch den verantwortungslosen oder verbrecherischen Missbrauch von Freiheit und Rechtsordnung bedroht. Zunehmende Gewaltbereitschaft ist eine Folge des Schwundes ethischer Bindungen in der Gesellschaft. Dies und die international operierende und organisierte Kriminalität bedrohen die Sicherheit der Bürger. Sie untergraben das Rechtsbewusstsein des einzelnen und die Fähigkeit des Staates zu wirksamem Schutz.

Die *HWP* ist entschlossen, die Handlungsfähigkeit des Staates nach allen Seiten, gegen die Gesellschaft zersetzende Kraft des Verbrechens zu verteidigen. Nur ein rechtlich starker Staat vermag Liberalität und Freiheit in der Gesellschaft zu gewährleisten. Innere Sicherheit ist nicht nur Voraussetzung der Freiheit, sie hat eine soziale Dimension.

Wachsende Kriminalität droht die Gesellschaft zu spalten in einen kleinen Teil, der sich Sicherheit kaufen kann, und in einen überwiegenden Teil der Gesellschaft, der mangels staatlicher Autorität um körperliche Unversehrtheit, Eigentum und Vermögen fürchten muss. Die *HWP* will gleiche Sicherheit für alle Bürger. Polizei und Justiz müssen alle notwendigen und adäquaten Instrumente zur wirksamen Verbrechensbekämpfung erhalten. Vergehen und Verbrechen dürfen sich nicht lohnen. *Deshalb setzt sich die HWP für eine leistungsfähige, motivierte und als Autorität anerkannte Polizei ein.*

Religionsfreiheit

Das Recht auf Religionsfreiheit ist unantastbar. Religionsfreiheit bedeutet nicht nur passive Toleranz gegenüber unterschiedlichen religiösen Lebensformen, sondern auch das Recht aktiver Verwirklichung eigenen religiösen Lebens. Die *HWP* sieht in den Kirchen und Religionsgemeinschaften eigenständige und unabhängige Gemeinschaften. Sie unterstützt ihren Beitrag zur Mitverantwortung und Mitgestaltung für das Gemeinwohl, insbesondere bei der Gewissensbildung, im sozialen Engagement und in der Erziehung. Die religiöse Verkündigung ist frei. Die Leistungen der Kirchen im gesellschaftlichen Dialog von Werten und Zielen sind unersetzlich.

Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen, muss bestehen bleiben.

18. Frieden und Freiheit

Europa kann nur dann in Freiheit und Frieden weiterleben, wenn es die Kraft zur Einigung findet. Die Identität der deutschen Nation bleibt erhalten. Die *HWP* strebt keinen europäischen Bundesstaat, sondern ein Europa der Nationen an.

Europa ist für die *HWP* nach den Katastrophen des Jahrhunderts eine grundlegende Voraussetzung für eine gesicherte Zukunft der europäischen Völker. Nur ein bürgernahes, starkes und entscheidungsfähiges Europa bewahrt den Völkern unseres Kontinents ihre Unabhängigkeit und sichert ihre weltpolitische Handlungsfähigkeit. Die großen Zukunftsaufgaben Europas lassen sich mit den Mitteln des Nationalstaates allein nicht lösen. Europa muss gemeinsam Frieden und Freiheit sichern. Es kann nur gemeinsam die Sicherung unserer Exportmärkte erhalten, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, vor allem gegenüber den technisch industriellen Hochleistungsregionen Nordamerika und Ferner Osten stärken und so den Wohlstand sichern. Die wirksame Bekämpfung des international organisierten Verbrechens, die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen angesichts grenzüberschreitender Belastungen sowie die Eindämmung der Zuwanderung und eine verbindliche durchgreifende Regelung des Asylproblems können nur europäisch gelöst werden.

Einheit Europas

Die Vereinigung Europas ist deshalb für die *HWP* die Schicksalsfrage an unsere Zukunft. Die grenzüberschreitenden Herausforderungen erfordern eine internationale Lastenteilung und die Zusammenarbeit in einer starken Gemeinschaft. Deutschland braucht seine Nachbarn und Partner. Sie wiederum brauchen Deutschland, dem aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Leistungskraft eine wichtige Ankerfunktion in Europa zukommt. Die Schaffung der europäischen Union bekräftigt in der Zeit neuer gesamteuropäischer Möglichkeiten die Westbindung Deutschlands.

Sie gewährleistet mithin auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Kontinuität von Verlässlichkeit und Berechenbarkeit deutscher Politik. *Europas Vereinigung entspricht Deutschlands Interesse.*

Minderheitenrechte

Die *HWP* tritt für das Recht auf die angestammte Heimat als ein unabdingbares Menschenrecht ein und verurteilt jede Form der Vertreibung. Eine freiheitliche, friedliche und gerechte Ordnung in Europa erfordert zwingend die Schaffung eines international verbrieften Volksgruppenrechts und eines durchsetzbaren Minderheitenschutzes. Dafür wird die *HWP* mit aller Kraft kämpfen, denn ohne Sicherung dieser Rechte wird es keine gerechte und dauerhafte Friedensordnung auf unserem Kontinent geben.

Diese Rechte müssen vor dem Europäischen Gerichtshof einklagbar sein.

19. Welt im Wandel

Mit dem Zusammenbruch der totalitären Systeme Osteuropas ist der Ost-West-Konflikt als bestimmendes Element der Weltpolitik weggefallen. Zahlreiche Spannungsfelder und Konflikte brechen nunmehr auf und müssen gelöst werden. Der europäische Integrationsprozess schafft eine neue Qualität zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. In der historischen Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Sozialismus ist eine wichtige Entscheidung für die Freiheit gefallen. Sie auf Dauer zu sichern, ist die überragende politische Aufgabe. Auf dem Wege zu

einer umfassenden Friedensordnung liegen jedoch neue Gefahren, die in den dramatischen Umwälzungen im östlichen Europa und in Teilen der Dritten Welt gründen.

Der grundlegende weltweite Umbruch der Machtverhältnisse, der Zusammenbruch des Kommunismus und der Sieg von Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft gegen Diktaturen, Einparteiensherrschaft und Sozialismus ist das Ergebnis unserer grundsatztreuen Politik im Rahmen des westlichen Bündnisses. Sie war gleichermaßen gekennzeichnet von Festigkeit und Verständigungsbereitschaft.

Um des Friedens und der unterdrückten Menschen willen akzeptiert die *HWP* den staatlichen Dialog mit totalitären und autoritären Machthabern, niemals aber macht sie gemeinsame Sache mit Unterdrückern.

Deutschlands Verantwortung

Mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit hat Deutschland seine volle Souveränität wieder erlangt. Abhängigkeiten und Begrenzungen unserer politischen Handlungsmöglichkeiten, die durch die politische, ideologische und militärische Teilung unseres Landes und Europas bedingt waren, sind entfallen. Dieser erweiterte Handlungsspielraum und das künftig stärkere Wirtschaftspotential bedeuten stärkeren internationalen Einfluss, aber auch größere weltweite Verantwortung und Solidarität.

Die *HWP* tritt entschlossen für eine Politik ein, die auf Verteidigung der Demokratie, der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechts der Völker zielt, wo immer sie bedroht werden.

Diese Aufgabe von hohem ethischen Rang darf das wirtschaftsstarke Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern nicht allein Partnern und Verbündeten überlassen. Zur Abwehr solcher Bedrohungen müssen die Deutschen ihren angemessenen Beitrag leisten. Zu Recht erwarten die Völkergemeinschaft und vor allem unsere Verbündeten, dass Deutschland mehr Verantwortung zur Friedenserhaltung und Friedensstiftung übernimmt. Mehr denn je beruht der Weltfrieden auf kollektiver Sicherheit. Kein Staat kann Schutz erwarten, ohne Schutz zu gewähren.

Frieden und Freiheit

Allein das Bemühen um Partnerschaft und Zusammenarbeit kann zu einer auf Gleichberechtigung und Vertrauen ruhenden dauerhaften Friedensordnung in der Welt führen. Die *HWP* tritt deshalb für fruchtbare Zusammenarbeit und fairen Wettbewerb Deutschlands mit allen Nationen ein. Dabei müssen selbstverständlich unsere Interessen mit den regionalen Gegebenheiten und soziokulturellen Voraussetzungen in Einklang gebracht werden.

Nur die unbedingte Anerkennung der Menschen- und Minderheitenrechte schafft Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Ohne Minderheitenrechte ist kein echter Frieden möglich. Unser Einsatz für die Menschenrechte ist unteilbar. Das Völkerrecht muss von einem Recht souveräner Staaten zu einem Recht der Völker und Volksgruppen werden. Die *HWP* sieht in dieser Fortentwicklung des Völkerrechts eine politische und moralische Aufgabe deutscher Politik auf allen internationalen Ebenen und in allen internationalen Institutionen.

Die Vereinten Nationen sind als weltweite Einrichtung der Friedenssicherung und zum Schutz der Menschenrechte zu stärken. Das erfordert eine Reform der UN-Charta. Das Tätigwerden zum Schutz von Menschenrechten, insbesondere bei systematischer staatlicher Verfolgung mit Gefahr für Leib und Leben von ethnischen oder religiösen Minderheiten, ist keine widerrechtliche Einmischung in innere Angelegenheiten.

In den Teilen der Welt, wo noch autoritäre Verhältnisse herrschen, muss die Verwirklichung von Menschenrechten, marktwirtschaftlichen Strukturen und sozialer Gerechtigkeit Ziel unserer Außenpolitik sein. Dies ist der wirksamste Beitrag zur Beilegung immer noch schwelender regionaler Konflikte und zur Festigung des Weltfriedens.

Die NATO ist der Garant für die längste Friedensperiode in Europa. Sie hat Westdeutschland Sicherheit und Partnerschaft mit den freien Völkern Westeuropas vermittelt. Gemeinsam mit unseren westlichen Partnern hat Deutschland gegenüber den kommunistischen Diktaturen des ehemaligen Warschauer Paktes keinen Zweifel an unserer Entschlossenheit zur Verteidigung der westlichen Wertegemeinschaft aufkommen lassen und dadurch deutlich gemacht, dass wir uns militärischem Druck und politischer Erpressung nicht beugen. Zusammen mit unserer Dialogbereitschaft gegenüber den Staaten Osteuropas haben wir eine aktive und erfolgreiche Friedenspolitik betrieben. Sie hat die demokratische Entwicklung in damals kommunistischen Staaten Europas und einschneidende Abrüstungsmaßnahmen gefördert.

Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis ist gegenwärtig die einzige intakte Sicherheitsstruktur in Europa. Sie ist das wichtigste Instrument zur Verhinderung einer Renationalisierung der europäischen Sicherheitspolitik, sowie zur Verhinderung oder zur Schlichtung denkbarer nationaler Konflikte.

Die KSZE kann dafür kein Ersatz sein. Ihre Aufgabe liegt in der Friedenserhaltung durch europäische Zusammenarbeit und in der Unterstützung der demokratischen und an Menschenrechten orientierten Entwicklung ehemals kommunistisch regierter Staaten. Dazu gehört die effektive Garantie der Rechte der nationalen Minderheiten und Volksgruppen auf internationaler und europäischer Ebene. Die NATO versteht sich seit ihrer Gründung in erster Linie als Wertegemeinschaft. Wir unterstützen daher den Dialog und die Kooperation der NATO mit den Staaten Ost- und Südosteuropas. Wir müssen ihnen Optionen zum Beitritt offen halten.

Europa und die USA stehen in gemeinsamer weltpolitischer Verantwortung. Die NATO bietet dafür das vertragliche Fundament. Die zukünftigen Aufgaben der NATO liegen

- in der Konfliktverhütung durch Gewährleistung ausreichender und flexibler Verteidigungsfähigkeit angesichts fortbestehender Risiken für die Stabilität in Mittel-, Südost- und Osteuropa und in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion;
- in der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas und der ehemaligen Sowjetunion;
- in der Beteiligung an friedenserhaltenden und konfliktregelnden Maßnahmen im Auftrag der UN oder der KSZE;
- in der politischen Abstimmung im Hinblick auf Sicherheitsrisiken und Konfliktpotentiale außerhalb des NATO-Bereiches;
- in der weiteren Förderung des Prozesses von Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Bundeswehr im Bündnis

Die *HWP* bekennt sich uneingeschränkt zum Friedensauftrag der Bundeswehr. Verteidigung von Frieden und Freiheit ist Bürgerpflicht. Deshalb hält die *HWP* an der Wehrpflicht fest. Der Auftrag der Bundeswehr, den sie schon bisher vorbildlich erfüllt hat, bleibt bestehen: *Freiheit schützen, Frieden sichern, Krieg verhindern.*

Umfang und Kampfkraft haben sich an der Bedrohungslage zu orientieren. Dazu gehört die Bereitschaft, die Bundeswehr auf der Grundlage der Charta der UN zur Erhaltung und Herstellung des Weltfriedens zusammen mit den Partnern in der EU und der NATO einzusetzen.

Deutschlandbild

Deutschlands Ansehen in Europa und der Welt wird entscheidend davon bestimmt, welches Bild von Deutschland, seiner Geschichte, seiner Kultur und Gegenwart von der auswärtigen Kulturpolitik vermittelt wird. Die auswärtige Kulturpolitik, oft als dritte Säule der Außenpolitik bezeichnet, aber vielfach als fünftes Rad am Wagen behandelt, steht nach der Vereinigung Deutschlands ebenfalls vor neuen Herausforderungen. Dabei kann sie, besonders auch im östlichen Europa und in Übersee, an bedeutende Traditionen anknüpfen. Die großen Leistungen

deutscher Künstler, Gelehrter, Forscher und Philanthropen sind in vielen Ländern der Erde unvergessen.

Das Interesse an der deutschen Sprache ist größer als je zuvor. Der internationale Kulturaustausch fördert dauerhafte und tragfähige Beziehungen zwischen den Völkern. Sowohl das große deutsche Kulturerbe als auch die wesentlichen Schöpfungen unserer Gegenwartskultur müssen den Menschen im Ausland zugänglich gemacht werden, die sich dafür interessieren.

Für Präsentationen im Ausland, das gilt gleichermaßen für literarische und wissenschaftliche Vorträge, Konzerte, Theateraufführungen oder Ausstellungen, sollen international oder zumindest national angesehene Persönlichkeiten oder Ensembles gewonnen werden. Selbstverständlich müssen auch junge, noch weniger bekannte Talente die Chance erhalten, im Ausland neue künstlerische Tendenzen darzustellen. Im Hinblick auf die Verbreitung der deutschen Sprache bedeutet dies, dass stärkere Anstrengungen unternommen werden müssen, um durch Sprachkurse, Literaturhilfe (auch im wissenschaftlichen Bereich) und durch eine größere Anzahl von Deutschlehrern das gestiegene Interesse an der deutschen Sprache vor allem in Ost- und Südosteuropa zu befriedigen. Dies muss nicht in erster Linie durch neue Haushaltsmittel erfolgen, sondern kann durch Umschichtungen und neue Prioritätensetzungen in der auswärtigen Kulturpolitik erreicht werden.

Ein bevorzugter Adressat der deutschen auswärtigen Kulturpolitik sind die im Ausland lebenden Deutschen und die in Mittel-, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Volksgruppen. Die zunehmende Aufgeschlossenheit unserer östlichen und südöstlichen Nachbarn für Europa muss zunehmend genutzt werden, das unverlierbare, jahrhundertealte deutsche Kulturerbe in der angestammten Heimat zu bewahren.

Die *HWP* wird darauf achten, dass die auswärtige Kulturpolitik im Rahmen der bundesstaatlichen Ordnung Deutschlands und der Kulturhoheit der Länder geführt wird.

20. Weltfrieden

Deutschland und Europa müssen aus globaler Verantwortung und auch aus ureigenstem Interesse die Entwicklung der armen Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas verstärkt unterstützen. Die Hauptverantwortung für ihre Entwicklung tragen diese Länder selbst. Entwicklungszusammenarbeit kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein.

In diesen Ländern muss sich die Überzeugung durchsetzen: Je weiter ein Entwicklungsland auf dem Wege zu einer freiheitlichen, marktorientierten und sozialen Wirtschaftsordnung, zu politischer Stabilität, zu Demokratie und Achtung der Menschenrechte vorangeschritten ist, desto günstiger sind seine Voraussetzungen für Wachstum, soziale Ausgewogenheit und damit auch wirksamere Armutsbekämpfung.

Entwicklungszusammenarbeit verdient ihren Namen nur, wenn sie mittel- oder langfristig die Entwicklung des Empfängerlandes voranbringt. Das setzt ihren wohlüberlegten, den besonderen Gegebenheiten angepassten Einsatz und entsprechende Eigenanstrengungen im Empfängerland voraus. Der Mensch selbst ist der entscheidende Motor jeder Entwicklung. Wir sehen daher in der Hilfe zur Selbsthilfe, in der Förderung der Privatinitiative und in weitgehend projektbezogenen Hilfen die wesentlichen Grundlagen der Entwicklungspolitik. Dazu gehört auch, dass knappe finanzielle Mittel nicht in Rüstung, sondern in Entwicklungsinvestitionen gehen.

Die *HWP* wird deutsche Entwicklungszusammenarbeit deshalb konsequent daran orientieren, inwieweit sich die betreffenden Regierungen um geeignete politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen in ihren Ländern bemühen. Wo wirtschaftliche und Entwicklungszusammenarbeit das Los der Menschen erkennbar verbessern, Hunger, Krankheit und Armut überwinden und zu wirtschaftlichem Aufschwung und politischer Stabilität beitragen, wird sich

die *HWP* für verstärkte Entwicklungszusammenarbeit einsetzen. Länder, die vom Drogenanbau leben, müssen andere wirtschaftliche Perspektiven erhalten. Die Entwicklungszusammenarbeit leistet auch einen Beitrag zur Beseitigung von Fluchtursachen und Armutswanderungen.

Armutsbekämpfung

Umweltschutz und Bildung sind für die *HWP* zentrale Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit. Die Bekämpfung der Armut bedeutet insbesondere Sicherung der Ernährungsbasis, Förderung der Privatinitiative und der Selbsthilfeinitiative, Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie verstärkte Anstrengungen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums, das in vielen Entwicklungsländern dazu beiträgt, die Umwelt zu zerstören und den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu behindern.

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ist die Voraussetzung jeglicher Entwicklung. Armutsbekämpfung bedeutet nicht zuletzt: Grundbildung der breiten Bevölkerung ist eine entscheidende Voraussetzung für Entwicklung. Die partnerschaftliche Entwicklungspolitik der *HWP* wird mehr als bisher berücksichtigen, dass gewachsene Strukturen genutzt und nicht zerstört, kulturelle Identitäten gepflegt und nicht verschüttet, religiöse Gefühle respektiert und nicht verletzt werden.

Entwicklungspartnerschaft verlangt weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die den Entwicklungsländern die Chance einräumen, aus der internationalen Arbeitsteilung Nutzen zu ziehen.

Abbau des Protektionismus und Hilfestellung bei der Bewältigung der Schuldenprobleme durch Strukturanpassung und Schuldenerleichterung sind dabei von besonderer Bedeutung. Der freie Zugang für Erzeugnisse aus Entwicklungsländern zum EU-Markt gehört zu den sinnvollsten entwicklungspolitischen Maßnahmen. Dabei sind die besonderen Belange der Landwirtschaft zu berücksichtigen.

Entwicklungszusammenarbeit ist aber nicht allein eine staatliche Aufgabe, sondern eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Dem Engagement der Kirchen, der nichtstaatlichen Organisationen und der politischen Stiftungen kommt dabei besondere Bedeutung zu. Die private Initiative ist auch in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ein entscheidender Motor für Entwicklung. Deshalb trägt nicht zuletzt privatwirtschaftliche Zusammenarbeit erheblich zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer bei.

In der Nord-Süd-Zusammenarbeit müssen wir uns von der Vorstellung einer getrennten Entwicklung von Industrie- und Entwicklungsländern lösen. Die gegenseitigen Abhängigkeiten dieser Welt sind inzwischen unauflösbar. Außenpolitik gewinnt allmählich den Charakter weltweiter Innenpolitik. Nach dem Willen der *HWP* muss deshalb Deutschland seine führende Rolle in der Welt für die globale Bewahrung der Schöpfung weiter ausbauen. In der Welt von morgen wird es keine Inseln des Wohlstandes mehr geben und keine Inseln, die für sich allein ökologisch intakt sind. Massenarmut und Hungerkatastrophen, Ozonloch und Treibhauseffekt, Zerstörung der Regenwälder und Ausbreitung der Wüsten zeigen das Ausmaß der internationalen Herausforderung.